



Rechte Entwicklungen

- Denk ich an Europa in der Nacht ... Seite 2
- Die Konservative Revolution Seite 4



DIE LINKE im Marx-Jahr

- Was sagt Marx im Jahr 2018 der LINKEN? Seite 6



Asylpolitik

- 40 000 Euro den Tafeln in LOS für 2018 zugesprochen Seite 14

#unteilbar – Für eine offene und freie Gesellschaft

Stark – die große bunte Demo für Menschenrechte und Solidarität in Berlin



13. Oktober: #unteilbar – mehr als 240.000 Menschen demonstrierten in Berlin, Foto: DIE LINKE, Bianca Thies

Für den 13. Oktober hatte ein breites Bündnis aus Parteien und Initiativen aufgerufen zu einer Demonstration unter dem Motto „Solidarität statt Ausgrenzung – für eine offene und freie Gesellschaft“. 40 000 Teilnehmer*innen waren erwartet worden, gekommen sind 242 000. Auch DIE LINKE Oder-Spree war dabei und hat sich dem Block der LINKEN auf der Demo angeschlossen.

Die riesige Beteiligung war beeindruckend. Kurz nach 13 Uhr bewegte sich der erste Wagen vorwärts, doch es sollte anderthalb Stunden dauern, bis sich der Wagen der LINKEN auf den Weg machen konnte, so voll war es rings um den Alexanderplatz und so viele reihten sich ein. Die ersten Teilnehmer*innen waren bereits am Ziel, der Siegessäule, angekommen,

als die letzten sich auf Höhe des Roten Rathauses befanden.

Die Stimmung war großartig. Ich traf Genossen aus Kiel und aus Bremen, die sich um 5 Uhr morgens in den Bus gesetzt hatten, und viele bekannte Gesichter aus Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Eltern mit Kinderwagen und Senior*innen mit Rollator waren dabei, Genossen aus Spanien mit Fahnen der Izquierda Unida, und, und, und. Mit Fahnen, Luftballons und Hochhalteschildern war der Block unserer Partei gut sichtbar. Viele brachten eigene selbst gemalte Schilder mit. Und auch wenn die Füße am Abend müde waren, das Herz war voll.

Eine Demo allein ändert nicht die Welt, aber sie macht Mut, denn es wurde deut-

lich, wie mobilisierungsfähig die solidarischen Kräfte der Gesellschaft noch immer sind. Der bunte und kreative Protestzug hat nicht nur Spaß gemacht, sondern hatte auch eine klare Botschaft in die Gesellschaft getragen:

Wir bieten Ausgrenzung, Rassismus und Rechtspopulismus die Stirn. Wir lassen uns nicht spalten. Wir sind unteilbar!

*Julia Wiedemann, Woltersdorf,
Vorsitzende DIE LINKE Oder-Spree*

DIE LINKE.
Kreisverband Oder-Spree



von
Andrea Johlige,
Mitglied des Landta-
ges Brandenburg,
Sprecherin für
Asyl- und Flücht-
lingspolitik,
Migrant*innen- und
Ausländer*innen-
politik und Toleran-
tes Brandenburg,
Foto: Ralf Rolet-
schek, Fraktion
DIE LINKE im
Landtag Branden-
burg

Denk ich an Europa in der Nacht ...

Rechtspopulismus zurückweisen – wie?

... bin ich um den Schlaf gebracht. Zumindest ist das nicht ausgeschlossen, wenn man sich damit beschäftigt, wohin Europa sich gerade politisch entwickelt. Der Aufstieg des Rechtspopulismus hat viele europäische Länder fest im Griff und es zeigt sich, dass kaum ein Land davor gefeit ist.

In Italien werden Roma durch die Regierung aus rechtsradikaler Lega und Fünf-Sterne-Bewegung systematisch verfolgt. In Polen hat die Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) die Unabhängigkeit der Justiz untergraben. Die Regierung kann nun Richter entlassen und durch eigene Parteihänger ersetzen. Und in Ungarn hat die Koalition aus Fidesz-Partei und christdemokratischer Volkspartei die Grundpfeiler der Demokratie geschleift: Das Wahlrecht, die akademische Freiheit und auch das Versammlungsrecht wurden systematisch beschränkt. In Österreich wird die Mindestsicherung vor allem für Familien und Migranten gekürzt. In Dänemark werden soziale Errungenschaften zurückgenommen und die Umweltstandards aufgeweicht. Und nach Finnland und Norwegen, wo Rechtspopulisten bereits in der Regierung sitzen, ist mit dem Erstarken der von Neonazis gegründeten Schwedendemokraten auch Schweden vom Aufstieg der politischen Rechten betroffen.

Auch vor Deutschland macht diese Entwicklung nicht Halt. Der Aufstieg der AfD scheint kein Ende zu nehmen und deren Positionen haben sich bis tief in das konservative Lager gefressen. Gleichzeitig

ist – wie in anderen europäischen Ländern auch – in Deutschland ein Verfall der Sozialdemokratie zu beobachten, von dem die Parteien links der Sozialdemokratie nicht profitieren können.

Wo aber liegen die Ursachen für den Aufstieg des Rechtspopulismus?

In vielen Ländern ist über Jahre der Wohlfahrtsstaat geschliffen worden, wurden soziale Errungenschaften abgebaut, konnte Arbeitslosigkeit nicht verhindert werden und ist die Schere zwischen Arm und Reich weiter aufgegangen. Soziale Probleme haben sich über Jahre aufgebaut und wurden durch neoliberale Politikkonzepte befördert. Armut, Arbeitslosigkeit und Ängste in der Bevölkerung vor sozialem Abstieg wurden ignoriert, während Profitinteressen von Banken und Konzernen Vorrang hatten. Die Vorgänge um die Bankenrettungen, wo selbst in Zeiten knapper Kassen Milliarden zur Verfügung gestellt wurden, um das Bankensystem zu stabilisieren, und gleichzeitig der Bevölkerung der betroffenen Länder unzumutbare Härten durch Sozialleistungs- und Rentenkürzungen aufgebürdet wurden, haben das Vertrauen in die Europäische Union und die nationalen Regierungen nachhaltig erschüttert.

Hinzu kam: Die zunehmende Komplexität der militärischen Konflikte in der Welt haben ein Gefühl der Unsicherheit und des nicht mehr Verstehens, was nach dem Wegfall der Blockkonfrontation auf dieser Welt eigentlich los ist, hervorgebracht. Kriege und Auseinandersetzungen sind durch soziale Medien und mediale Berichterstattung viel „näher“, als früher und werden deshalb stärker wahrgenommen.

Zu diesen beiden Entwicklungen, also sozialen Verwerfungen und der Angst vor kriegerischen Auseinandersetzungen, kam eine dritte Entwicklung: die zunehmende Migrationsbewegung nach Europa. Waren Erstere der Nährboden für Rechtspopulismus, waren die Geflüchteten,

die nach Europa kamen, der Katalysator. Bestehende soziale Problemlagen wurden sichtbarer und erfahrbare, Kämpfe um Arbeitsplätze vor allem im Niedriglohnssektor wurden härter und Ängste vor sozialem Abstieg verstärkt. Und auch die militärischen Auseinandersetzungen und Kriege traten stärker ins Bewusstsein, ebenso wie deren Komplexität und Unübersichtlichkeit.

Gleichzeitig hatten Rechtspopulisten nun ein erfahrbares und verständliches Angriffsziel. Es war ein leichtes, die in der Bevölkerung verankerten Unsicherheitsgefühle zu nutzen und Migration zum Fokus der Auseinandersetzung und zum alles überdeckenden Thema zu machen. Der Aufstieg des Rechtspopulismus wurde auch durch demokratische politische Kräfte befördert, die glaubten, den Rechtspopulismus zu stoppen, wenn sie die Positionen übernehmen und sich selbst zu eigen machen. Dass diese Strategie scheitert und im Gegenteil, den Rechtspopulismus stärkt, sollte inzwischen klar sein, dennoch können wir genau das aktuell im Handeln der CDU/CSU und hier vor allem bei Heimat-Horst Seehofer beobachten.

Was aber tun, um Rechtspopulismus zurück zu drängen?

Meine feste Überzeugung ist, dass dies nur gelingen wird, wenn die sozialen Verwerfungen eingedämmt und die Kriegslogik durchbrochen wird. Deshalb ist eine linke Politik, die auf friedliche Konfliktbearbeitung in der Außenpolitik und konsequentes Eintreten für den Sozialstaat für alle zielt, die richtige Antwort. Dazu gehört, Humanität zu verteidigen. Migration ist nicht das Problem, das Problem ist die Politik des Westens, die Ausplünderung der Welt durch internationale Konzerne, Kriege und Umweltverschmutzung. Deshalb ist es unsere Aufgabe als LINKE in Deutschland und als europäische Linke, nicht den gleichen Fehler zu machen wie das bürgerliche Lager und den Rechtspopulisten hinterherzulaufen, sondern konsequent für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Menschen einzutreten.



Zeichnung: Klaus Struttman, 9. 10. 2018



Weltfriedenstag in Frankfurt und Słubice

Gemeinsamer Friedensweg von Polen und Deutschen am 1. September

Weltfriedenstag



„Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“ Wie oft mögen diese Worte Willy Brandts schon in früheren Jahren zitiert worden sein? Haben sie deshalb an Aktualität verloren? Ganz im Gegenteil! Bedrohter denn je ist der Frieden. Um das immer wieder ins Bewusstsein zu rufen, muss man diese Bedrohung ins öffentliche Bewusstsein rücken. Allzu oft wird man konfrontiert mit Desinteresse und Wegschauen sowie der Position: Was kümmert's mich, wenn irgendwo weit weg Krieg herrscht. Dem etwas entgegen zu setzen, öffentlich Position zu beziehen, hat sich seit Jahrzehnten das Frankfurter Friedensnetz, dem ich als Mitglied des Solidaritätsdienst inter-

national e.V. (SODI) anhöre, auf seine Fahnen geheftet.

Sowohl der alljährliche Ostermarsch wie auch Aktionen zum Weltfriedenstag am 1. September oder gemeinsame Mahnwachen zu den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki gehören dazu. Diese Aktionen verbinden Friedensfreunde, unabhängig von Parteizugehörigkeit, Atheisten oder Religion im gemeinsamen Bemühen, dass dieser so bedrohte Frieden erhalten bleiben muss. Über die Ländergrenze hinweg führte der Friedensweg am 1. September, dem Weltfriedenstag, in diesem Jahr von der Marienkirche durch die Magistrale hinüber ins benachbarte Słubice und zurück zur Friedensglocke an der Oder.

103 Friedensfreunde, gezählt in der Marienkirche, nahmen daran teil. Erstmals gingen ihn deutsche und polnische Friedensfreunde gemeinsam. Intensive Gespräche in Frankfurt und Słubice gingen dem voraus. Dabei wurden unterschiedliche Positionen deutlich. Entscheidend jedoch war, die Gemeinsamkeit in der Friedensarbeit zu betonen. Ein Aufruf entstand, der von allen getragen wurde und in deutscher und polnischer Sprache auf dem Weg verlesen wurde. Nicht unerwähnt soll bleiben, dass nicht nur Printmedien in Słubice, sondern auch das zentrale polnische Fernsehen diesen gemein-

samen Friedensweg in Beiträgen würdigten.

Damit gemeinsame Friedensarbeit nicht nur auf den 1. September fokussiert bleibt, lautet die entscheidende Schlussfolgerung: Um die jeweils andere Position besser zu verstehen, wollen Friedensfreunde beidseits der Oder in weiteren Diskussionsrunden einander zuhören, um zu verstehen. Diskussions- und Handlungsbedarf besteht genug, gemessen an der aktuellen Situation. Noch einmal sei Willy Brandt zitiert (Rede vor der UN-Vollversammlung, 1973): „Nein zum Brandenburger Polizeigesetz! Gemeinsam gegen den Angriff auf unsere Freiheit und Grundrechte! Dieser Satz weist auf einen Zusammenhang hin, der – unter anderem – SODI und Frankfurter Friedensnetz vom Anliegen her verbindet.

von
Jürgen Soback
SODI-Gruppe Eisen-
hüttenstadt-LOS

weitere Informationen:
<https://www.friedenskooperative.de/termine/weltfriedenstag-2018-in-frankfurtoder>



LESERBRIEF

zu „Widerspruch“, Oktober 2018, Seite 19: „Was Kopftuchverbot bedeuten kann“ von Ismail Al-Kayed

Glaubensfreiheit und Neutralität sind in Deutschland Grundgesetz

Die Auseinandersetzungen über die Deutungshoheit in religiösen Fragen haben in der menschlichen Geschichte eine breite Blutspur gezogen. Stellvertretend dafür benenne ich den Dreißigjährigen Krieg im christlich dominierten Europa und das gegenwärtige Wüten des Islamischen Staates (IS) in der islamischen Welt.

In diesen Auseinandersetzungen spielen die religiösen Symbole (Kruzifix, Kippa, Kopftuch u.a.) eine gewichtige Rolle. Sie manifestieren, wie ihre Träger und

Trägerinnen die Welt sehen bzw. einrichten möchten. Viele Menschen sind verunsichert, seitdem islamistisch motivierte Terroranschläge westeuropäische Länder erschüttern. Diese Anschläge sind selbstverständlich nicht der Kopftuchträgerin von nebenan zuzurechnen, aber Teile der Öffentlichkeit nimmt diese eben in Mithaftung.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland garantiert seinen Bürgerinnen und Bürger

Glaubensfreiheit. Wenn im Neutralitätsgesetz gefordert wird, dass es Repräsentantinnen und Repräsentanten des Staates, ganz gleich auf welcher Ebene, untersagt ist, religiöse Symbole am Arbeitsplatz zu tragen oder zu zeigen, dann ist das eine folgerichtige Konsequenz.

Ich kann keine Notwendigkeit erkennen, dass ausgerechnet unsere Partei DIE LINKE es sein soll, die dagegen Einspruch erheben soll. Wer im Geltungsbereich der

bundesdeutschen Gesetzgebung leben will, muss geltendes Recht akzeptieren. Alternativ kann selbstverständlich nach Mehrheiten gesucht werden, die Gesetzesänderungen erwirken möchten. Im gegebenen Fall kann ich solche Mehrheiten nicht erkennen.

Gottfried Walther,
Erkner



von
Thomas Nord,
Mitglied des Bundes-
tages, Landesliste
Brandenburg

Kontakt:
Deutscher Bundes-
tag, Platz der Repu-
blik 1, 11011 Berlin
• Telefon:
(030) 227-7 26 75
• Fax:
(030) 227-7 66 75
• E-Mail:
thomas.nord@
bundestag.de
• Internet: [https://
thomas-nord.de](https://thomas-nord.de)

Wahlkreisbüro:
Mühlenstraße 15,
15517 Fürstenwalde,
Glen Dammann,
Tel.: (033 61) 34 26 18
Fax: (033 61) 34 26 24
E-Mail: thomas.
nord.ma06@bun-
destag.de

Der Beitrag „Die
Konservative Revo-
lution“ ist im Bun-
destagsreport (Aus-
gabe Oktober 2018)
der Landesgruppe
Brandenburg der
Fraktion DIE LINKE
abgedruckt.
Er erscheint am
Ende jeder Plenar-
woche im Internet
auf der Seite: [www.
dielinke-branden-
burg.de/parlamen-
te/bundestag/](http://www.dielinke-brandenburg.de/parlament/bundestag/). Die
vier Brandenburger
Mitglieder der Bun-
destagsfraktion be-
richten darin über
Schwerpunkte ihrer
parlamentarischen
Arbeit.

Die Konservative Revolution – Ursprung und Hintergründe

Bewegte Zeiten

Im Jahr 2016 haben sich einige nationalreaktionäre Parteien öffentlich getroffen und als Kampagnenmotto einen „Patriotischen Frühling“ ausgerufen. Im darauf folgenden Jahr werden verschiedene Versuche sichtbar, erneut den Begriff der Konservativen Revolution zu bemühen. Unter anderem von Alexander Dobrindt, Vorsitzender der CSU im Bundestag im Januar 2018, der gegen eine „linke Meinungsvorherrschaft“ wettet. Grund genug, einmal auf die Hintergründe der Konservativen Revolution zu schauen.

Das Handbuch

Ein Handbuch über die Konservative Revolution wurde in der mittlerweile 6. völlig überarbeiteten und erweiterten Auflage im Jahr 2005 veröffentlicht. Die Neuherausgabe ist von Karl-Heinz Weißmann überarbeitet, der an den 2003 verstorbenen Autor Armin Mohler erinnert. Armin Mohler wurde 1920 geboren und hat die erste Konzeption der Konservativen Revolution als Dissertation an der Universität Zürich eingereicht. Sie wurde in der ersten Auflage 1950 veröffentlicht, Mohler hatte gerade eine Tätigkeit als Sekretär bei Ernst Jünger angetreten, dessen Roman „In Stahlgewittern“ über seine romantisch verklärten Kriegererlebnisse auch heute noch zu den Standardwerken der Rechten gehört.

Der Herausgeber

Im Jahr 1940 wurde Mohler in der Schweiz zum Waffendienst einberufen, er flüchtete jedoch über die Grenze, um sich der Waffen-SS anzuschließen. Bei seiner Rückkehr in die Schweiz wurde er zu einem Jahr Festungshaft verurteilt. In einem 1973 veröffentlichten Essay fasste Mohler den Begriff der Konservativen Revolution als einen Sammelbegriff „für eine große Menge von Weltanschauungen (...), die seit den 1890er Jahren entstanden sind und auf den Zerfall des klassischen Links-Mitte-Rechts-Schemas reagierten, indem sie neue ideologische Konzepte schufen, die gekennzeichnet waren durch die

Aufnahme von Vorstellungen, die traditionell nur der Linken oder der Rechten zugewiesen wurden, durch die Lösung von der Rückwärtsgewandtheit des alten Konservatismus und die Bejahung der Moderne (...) zu dem Zweck, Verhältnisse zu schaffen, deren Erhaltung sich lohnt.“¹ Es handelt sich hier um den Versuch einer Sammelfront, darin liegt die Gefahr und Versuchung für Teile der Linken zu gleich, die eher von einer Querfront spricht.

Der Mitherausgeber

Karl-Heinz Weißmann, Alter Herr in einer Göttinger Burschenschaft, Autor der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ und Lehrer in Northeim (Niedersachsen), war nach eigenen Angaben schon seit der dritten Auflage von 1989 an der Überarbeitung und Aktualisierung beteiligt. Mohler hat ihm den Stafelstab für die Weiterführung des Projekts übergeben. Nicht zuletzt dieser Übergabe vermutlich verdankt er die Berufung als stellvertretender Vorsitzender in das Kuratorium der AfD-nahen Desiderius Erasmus Stiftung. Stiftungsvorsitzende ist die ehemalige CDU-Abgeordnete aus Hessen, Erika Steinbach. Steinbach ist eine politische Ziehtochter von Alfred Dregger (1920–2002).

Dregger war einer der prominentesten Vertreter der Stahlhelmer in der CDU. Steinbach war von 1998 bis 2014 Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen. Sie kennt Alexander Gauland aus seiner Zeit in der Hessen CDU, wo er 1989 Leiter der Staatskanzlei war. Hier werden Konturen eines Netzwerkes sichtbar, dass an historische Wurzeln seit 1890 anknüpfen will und der Meinung ist, revolutionären Konservatismus und die nationalsozialistische Bewegung, die sich in deren gedanklichen und zeitlichen Fahrwasser herausgebildet hat, trennen zu können.

Die „saubere“ Zwischenkriegszeit

Mohler hat stets darauf hingewiesen, dass er keine wissenschaftliche, sondern eine politische Arbeit verfasst hat, die „eine Hilfe für die rechte Intelligenz in Deutschland sein“ sollte.² Interessant ist die Differenz in der zeitlichen Rückbetrachtung. Während Mohler in dem Essay von 1973 einen zeitlichen Ursprung in den Jahren seit 1890 sieht, wird im Untertitel der 6. Auflage der Zeitraum der Betrachtung von 1918 bis 1932 eingegrenzt.

Diese zeitliche Eingrenzung ist ein durchschaubarer Versuch, die Zeit vom Ende des I. Weltkriegs und der Ernennung Adolf Hitlers zum letzten Kanzler der Weimarer Republik abzugrenzen. Der Eindruck soll erzeugt werden, als wenn es eine intellektuell und politisch klare Abgrenzung der Ideen einer Konservativen Revolution und der entstehenden nationalsozialistischen Bewegung gäbe. Aber eine klare Abgrenzung ist nicht haltbar. Die Konservative Revolution ist Vorbereiterin faschistischer Gesinnungen und des Dritten Reichs, wie ein Blick auf einige der Autoren zeigt.

Ernst Jünger

Namentlich wird auf Ernst Jünger und sein 1932 veröffentlichtes Buch „Der Arbeiter“ als Ideengeber für Mohler verwiesen. Jünger sieht den Arbeiter als „Gestalt“, „die bereits mächtig in die Geschichte eingegriffen hat und die Formen einer veränderten Welt gebieterisch bestimmt“.³ Jünger beschreibt die Dialektik als nicht geeignetes Instrument, seine Gestalt des Arbeiters ist der Dialektik übergeordnet und mythisch aufgeladen. Der Arbeiter führt aus Sicht von Jünger einen Angriff gegen die historischen Systeme, in dem er sich „der ihm allein zugeordneten Mittel nicht im liberalen, sondern im Sinne einer überlegenen Rasse bedient“.⁴ Ein Exemplar des 1926 veröffentlichten

2 Ebda., S. 4.

3 Ernst Jünger, Der Arbeiter, Hamburg, 1932, Vorwort.

4 Jünger, Arbeiter, S. 299.

1 Mohler, Armin/Weißmann, Karl-Heinz: Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Graz, 2005, S. 8.

ten Buchs „Feuer und Schwert“ hat Jünger mit persönlicher Widmung „dem nationalen Führer Adolf Hitler“⁵ zugesendet.

Arthur Moeller van den Bruck

Ein weiterer Autor des Handbuchs über „Die Konservative Revolution“ ist Arthur Moeller van den Bruck, sein Haupttext von 1923 trägt den Titel „Das Dritte Reich“. Sein Ziel: „Wir wollen nicht die Revolution weitertreiben, sondern die Ideen der Revolution, die in ihr lagen und die sie nicht verstand. Wir wollen diese revolutionären mit den konservativen verbinden, die sich immer wieder herstellen, und wollen sie konservativ-revolutionär dahintreiben, wo wir Zustände erreichen, in denen wir wieder leben können.“⁶ Moeller van den Bruck hat das Schlagwort vom „Dritten Reich“ populär gemacht, aber er stammt von Dietrich Eckart (1868–1923). Eckart trat Mitte August 1919 der Deutschen Arbeiter Partei bei und traf dort einen Monat später auf Adolf Hitler und wurde dessen intensiver politischer und finanzieller Förderer, er finanzierte z.B. auch den „Völkischen Beobachter“⁷.

Oswald Spengler und Carl Schmitt

Mohler und Weißmann zählen auch Oswald Spengler und sein 1923 veröffentlichtes Buch vom „Untergang des christlichen Abendlandes“ zur Konservativen Revolution, dessen Titel bis heute ein geflügeltes Wort ist. Aber auch den Reichsfachgruppenleiter und Staatsrat Professor Doktor Carl Schmitt, der 1933 in die NSDAP eingetreten ist. Am 1. August 1934 hat er in der Deutschen Juristen-Zeitung den Artikel „Der Führer schützt das Recht“⁸ veröffentlicht: „Alle sittliche Empörung über die Schande eines solchen Zusammenbruchs [die Niederlage im I. Weltkrieg ist gemeint] hat sich in Adolf Hitler angesammelt und ist in ihm zur treibenden Kraft einer politi-

schen Tat geworden. (...) Das gibt ihm das Recht und die Kraft, einen neuen Staat und eine neue Ordnung zu begründen“⁹.

Mit dem Artikel legitimiert Schmitt die so genannte „Nacht der langen Messer“ am 1. Juni 1934. Hitler hat für diese Nacht die Ermordung des SA-Führers Ernst Röhm und weiterer ihm politisch unliebsamen Personen angeordnet, die Schätzungen liegen zwischen 90 und 200. Nach den Morden verlor die SA ihre politische Bedeutung und die SS wurde aufgewertet. Schmitt schrieb wenige Tage später im Aufsatz „Der Führer schützt das Recht“, dass „der heutige deutsche Staat [im Unterschied zu dem von 1917] die Kraft und den Willen hat, Freund und Feind zu unterscheiden. (...) Wer den gewaltigen Hintergrund unserer politischen Gesamtlage sieht, wird die Mahnungen und Warnungen des Führers verstehen und sich zu dem großen geistigen Kampfe rüsten, in dem wir unser gutes Recht zu wahren haben“¹⁰.

Versuch der Wiederbelebung

Seit der Kampagne „Patriotischer Frühling“ von 2017 ist ein verstärkter Rückgriff auf den Begriff der Konservativen Revolution zu verzeichnen. Am 11. November 2018 jährt sich das Ende des I. Weltkriegs für die Europäischen Zentralmächte zum 100. Mal. Damals haben die Altkonservativen in Deutschland die Bilder von der „Dolchstoßlegende“ und dem „Versailler Verdikt“ geprägt, um von ihrer Verantwortung abzulenken. Auf beide Elemente hat Hitler die Behauptung gesetzt, dass der I. Weltkrieg vom Deutschen Reich noch hätte gewonnen werden können.

Die „sittliche Empörung“, die Carl Schmitt beschrieb, resultierte aus diesen Mythen und wurden Hitlers motivatorische Quellen für den Kampf um die Wiedererrichtung einer Reichsordnung. Mohler nannte die Zielstellung einer Konservativen Revolution „Verhältnisse zu schaffen, deren Erhaltung sich lohnt.“ Bei Moeller van den Bruck waren es die anzustrebende Zustände, in denen er und seine „Wir-Gruppe“ wieder leben können.

Die heutigen Versuche von Rechtsextrem bis CSU, den Begriff der

Konservativen Revolution und ihre Inhalte wieder salonfähig zu machen, werden in einer Zeit durchgeführt, in denen die Europäische Union auf tönernen Füßen steht. Sie steht vor hart umkämpften Parlamentswahlen und der Neubesetzung der Gremien für den Zeitraum von 2019 bis 2024. In den Ergebnissen der nationalen Wahlen der vergangenen Jahre sind teils sehr starke Veränderungen der politischen Kräfte in den Mitgliedsstaaten nach rechts zu erkennen. Polen, Ungarn, Frankreich, Italien, Schweden, Slowakei und andere.

Dieser Prozess hat unübersehbar auch in Deutschland eingesetzt. Das politische Berlin erlebt in der vierten Amtsperiode von Angela Merkel einen lähmenden Auszehrungsprozess, in der Merkel ihre Kraft bis Anfang Dezember auf die Wiederwahl als Parteivorsitzende richtet. Die extreme Rechte arbeitet derweil zielstrebig an der Wiederbelebung einer Konservativen Revolution. Die Entwicklung in der AfD von Lucke über Petry zu Höcke bestätigt, dass man dabei Dynamiken in Gang setzen kann, die man nicht unter Kontrolle hat. DIE LINKE muss diesen Versuchen der Wiederbelebung in aller Klarheit entgegentreten.



13. Oktober 2018, Demonstration „unteilbar – für eine offene und freie Gesellschaft“. Am Berliner Alexanderplatz als Teilnehmerin unsere Genossin Ingeborg Schimmelpfennig aus Hangelsberg. Foto: DIE LINKE, Bianca Thies

5 https://www.welt.de/wams_print/article2333149/Wie-Hitler-und-Hess-um-Ernst-Juenger-warben.html.

6 Moeller van den Bruck, Artur: Das Dritte Reich. Hamburg, S. 25.

7 <https://www.welt.de/geschichte/article159331952/Wer-noch-immer-das-Grab-des-Hitler-Erfinders-pflegt.html>

8 Deutsche Juristen-Zeitung, Organ der Reichsfachgruppe Hochschullehrer des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, 39. Jahrgang, Heft 15, http://www.flechtsig.biz/DJZ34_CS.pdf

9 Ebda.

10 Ebda.

von
Dr. Artur Pech,
Schöneiche,
Mitglied des Präsidiums des Bundesausschusses der Partei DIE LINKE,
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree

Was sagt Marx im Jahr 2018 der LINKEN?

Über eine Reise des Bundesausschusses der Partei DIE LINKE nach Trier

Das wollte der Bundesausschuss der LINKEN am 22. September 2018 in Trier erörtern. Im Jahr des 200. Geburtstages von Karl Marx tagte der Bundesausschuss nach einer längeren Pause wieder einmal nicht in Berlin. Er wollte sich damit auch zu Marx, zu den Ursprüngen linker Parteientwicklung bekennen.

Schon von daher ist es interessant, dass – nach meiner Erinnerung erstmalig – der Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt ein Grußwort an den Bundesausschuss richtete. Der Oberbürgermeister der Stadt Trier, Wolfram Leibe, sprach über kommunale Probleme und machte unter anderem deutlich, welche Probleme den sozialen Wohnungsbau in Trier drücken.

Nun ist der Bundesausschuss ein Organ der Partei und kein theoretischer Konvent. Es ging ihm also weniger um die im Jahr 2018 mehr oder weniger ausführlich praktizierte Auseinandersetzung mit dem Wissenschaftler, dem Ökonomen oder den Philosophen Karl Marx.

„Denn Marx war vor allem Revolutionär. Mitzuwirken, in dieser oder jener Weise, am Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und der durch sie geschaffenen Staatseinrichtungen, mitzuwirken an der Befreiung des modernen

Proletariats, dem er zuerst das Bewusstsein seiner eigenen Lage und seiner Bedürfnisse, das Bewusstsein der Bedingungen seiner Emanzipation gegeben hatte – das war sein wirklicher Lebensberuf.“¹

Und so ging es uns vor allem um die Parteientwicklung, um die Wege der verschiedenen Generationen in der LINKEN zu Marx, um „Die LINKE zwischen Mosaik und Klassenkampf“ und das Ziel „Mit Marx Europa dem Kapitalismus zu entreißen“.

Im ersten Teil sprach Bernd Riechinger über „verbindende Klassenpolitik“ und im weiteren Verlauf wurden durchaus kontroverse Herangehensweisen deutlich.

Ich will hier keinen Konferenzbericht abliefern, sondern zwei Probleme eingehen, die mich besonders zum Nachdenken anregen.

Arbeiterklasse

Wie ist das heute mit der Arbeiterklasse? Eine durchaus strittige Frage. In der Diskussion trat sie in der Auffassung zu Tage: „Zur Arbeiterklasse gehört, wer sich zur Arbeiterklasse bekennt.“

Nun ist das keine neue Position. So war am 16. Mai 2018 im neuen deutschland zu lesen, das Proletariat könne „nicht länger durch die Stellung der Menschen im Produktionsprozess definiert werden. Eine zeitgemäße Definition wäre die Zugehörigkeit zum Proletariat anhand der subjektiven Haltung zum Klassenkampf. Jeder Mensch, der sich der kapitalistischen Ausbeutung widersetzt und diese bekämpft, kann Teil des Proletariats sein. Ein derartig integrativer Klassenbegriff wäre zumindest in der Lage, die verschiedenen emanzipatorischen Kämpfe unter einem Begriff zu vereinen.“²

Hier wird die objektive Klassenanalyse eingeständenermaßen durch Subjektivismus ersetzt. So etwas ist in einer pluralistischen LINKEN möglich, hat aber dann nicht mehr viel mit Marx zu tun. Denn bei Marx geht es bei den Angehörigen der Arbeiterklasse um den im Doppelsinn freien Arbeiter, der „als freie Person über sei-

ne Arbeitskraft als seine Ware verfügt“ und „andererseits andre Waren nicht zu verkaufen hat, los und ledig, frei ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen.“ (MEW 23/183)

Da stellt sich schon die Frage, was sich an diesem grundlegenden Verhältnis (dass eben nicht Folge subjektiver Entscheidungen ist) in den letzten 150 Jahren geändert hat.

Während der Diskussion wurde dann durchaus auch darauf hingewiesen, dass es eine tragfähigere (materialistische) Klassendefinition als die von Lenin mindestens bisher nicht gibt.³

Wer sie zur Kenntnis nimmt, wird finden, dass auch „moderne“ Entwicklungen damit erfasst sind. Dies umso mehr, als sie Bündnissen im und mit einer Beteiligung am Klassenkampf nicht im Wege steht. Kaum einer wird schließlich in Zweifel ziehen, dass und wie sich der Kapitalist Friedrich Engels am Klassenkampf beteiligt hat.

Dietmar Dath beschrieb den Zusammenhang am 16. Oktober 2018 in der FAZ so: „Man muss, meinte Marx, dazu nur noch die soziale Form loswerden, in der dieser Reichtum historisch zustande kam – die Klassengesellschaft. Unter Klassen verstand er (anders als viel heutiges Geschwätz) keineswegs irgendwas Ungenaues zwischen Einkommensgruppe und Konsumreichweite, so wenig wie den bloßen Unterschied zwischen Hauptschule („Unterprivilegierte“) und Edelinternat („globalisierte Klasse“).

Klassen sind bei Marx Mengen von Menschen, die man danach unterscheiden kann, welche davon welcher anderen sagt, was, wie viel, wann (und zunehmend: ob) sie arbeitet.“⁴

3 Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit der andern aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft. (LW 29 S. 410).

4 FAZ, 16. Oktober 2018, S. 11.

MARX-WORTE

„Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassen Gegensatzes, die Klassen überhaupt, und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf.“

An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“

Quelle: MEW Bd. 4, S. 482; ausgewählt von Dr. Artur Pech



1 Friedrich Engels, MEW 19/336

2 Mit Haltung ums Ganze, Marie Frank fordert einen zeitgemäßen linken Klassenbegriff, neues deutschland, Mittwoch, 16. Mai 2018, S. 18.



Trier am 22. September 2018: die Teilnehmer der Sitzung des Bundesausschusses in vor dem Karl-Marx-Denkmal

Es ist ein Problem, dass in den aktuellen Diskussionen dem Zusammenhang politischer Entscheidungen und der Entwicklung des Reproduktionsprozesses eher geringe Aufmerksamkeit geschenkt wird, wenn z.B. bei der Bestimmung der Positionen zur Einwanderungspolitik an die Stelle der bei Engels und Marx praktizierten materialistischen Analyse die Frage gestellt wird: Bist Du für oder bist Du gegen mehr Einwanderung?

Einzelne und Alle

Kaum ein Zitat von Marx (und Engels) dürfte in der PDS und in der LINKEN häufiger gebraucht worden sein als jenes vom Verhältnis der freien Entwicklung des Einzelnen zur freien Entwicklung aller (Kasten).

Andreas Wehr hat sich in seinem Beitrag mit der Genese der Verwendung dieses Zitats und seiner Metamorphosen beschäftigt.⁵ Er kam zu dem Ergebnis: „Für den Liberalismus steht nun einmal die ‚freie Entwicklung des Einzelnen‘ im Mittelpunkt seines Weltbildes. Sie ist Ausgangs- und zugleich Endpunkt seines gesamten Denkens. Wie heißt es doch im ‚konsumistischen Manifest‘, wie sie es nennen, so treffend? Wenn jeder an sich denkt ist an alle gedacht!“

Einen liberalen oder auch libertären Sozialismus kann man mit allen möglichen Zitaten begründen – nicht aber mit den Aussagen von Karl Marx oder Friedrich Engels.“

Wir leben in einer Klassengesellschaft. Außer dem Klassenkampf ist daraus keine Rettung möglich. Und Klassenkampf muss organisiert werden. Nicht nur – wie gegenwärtig – (fast) nur von „oben“.

Dazu noch einmal Dietmar Dath: „Der chinesische Marxist Xu Changfu hat ... einen alten Tendenzirrtum korrigiert, der innerhalb der historischen Arbeiterbewegung (sowohl bei westlichen Sozialdemokraten wie bei östlichen Bolschewiki) gern davon ausging, die Nichtbesitzenden würden sich global schneller einig werden als die imperial konkurrierenden Besitzenden.

Das Geld hat heute seine Weltbank, seinen Welthandel und seine Weltkrisen. Selbst deren neue, erklärt nationale Widersacher wie Trump zielen keineswegs auf die chaotische Zersplitterung dieser Welt(un)ordnung, sondern nur auf eine andere ‚Einigkeit‘, nämlich die der schlechteren Plätze fürs Ausland unter eigener Vormacht ...

Xu Changfu sagt, die eigentlich interessante Aufgabe für neue Politik bestehe heute darin, der Weltbank, dem Welthandel und der Weltkrise eine Art Weltgewerkschaft entgegenzusetzen, als globale Verhandlungsmacht derjenigen Regionen, in denen es zwar viel Arbeitskraft und oft sonstige Ressourcen gibt, aber wenig Kapital. Die Dauer

des schmerzhaften Prozesses der Einigung der Weltarbeit gegen den Weltbesitz berechnet er auf zweihundert Jahre. Vielleicht gewönne die hiesige, weitgehend affekt-, moral- und glaubensgesteuerte Diskussion über die weltweite Beweglichkeit von Geld und Macht einerseits, Migration andererseits ein wenig dringend nötiges Niveau, wenn sie weniger wahltaktisch, dafür langfristiger, nüchterner, kurz: ein bisschen chinesischer würde.“⁶

Damit will ich meine Überlegungen zum Bundesausschuss in Trier beenden. Auf dem Weg durch Trier hatte sich der Bundesausschuss auch am Karl-Marx-Denkmal in der Nähe der **Porta Nigra** versammelt. Dieses Denkmal ist ein Geschenk der Volksrepublik China an die Geburtsstadt von Karl Marx zu seinem 200. Geburtstag. Als die beigefügte Aufnahme entstand war noch nicht vorher zu sehen, wie sich Dietmar Dath drei Wochen später auf einen chinesischen Marxisten beziehen würde.

Bei einigen Teilnehmern der Beratungen haben die Diskussionen so anregend gewirkt, dass sie in ihren Landesverbänden fortgesetzt werden sollen. Ich hoffe, dass wir die Referate in Kürze auch auf der Internet-Präsentation des Bundesausschusses zur Verfügung stellen können.

⁵ <https://www.andreas-wehr.eu/wieviel-marx-braucht-die-linke.html>

⁶ FAZ, 16. Oktober 2018, S. 11.

Die Neuen im Ministerium: Susanna Karawanskij und Andreas Büttner

DIE LINKE Brandenburg besetzt die Leitung im MASGF neu



Susanna Karawanskij



Andreas Büttner

Die Spitze des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen (MASGF) ist seit Anfang Oktober wieder komplett. Nachdem Diana Golze und Al-muth Hartwig-Tiedt die politische Verantwortung für die massive Verunsicherung von Patientinnen und Patienten durch Verletzung der Medikamentenaufsichtspflicht übernommen hatten, entschied der Landesvorstand der Brandenburger LINKEN über die Neubesetzung. Am 19. September wurde die 38-jährige Leipzigerin Susanna Karawanskij durch die Landtagspräsidentin als Ministerin vereidigt. Am 1. Oktober ernannte der Ministerpräsident den 45-jährigen Andreas Büttner aus Templin zum Staatssekretär. Politische Erfahrungen haben beide, in der Opposition, als Abgeordnete im Bundes- oder Landtag, aber auch und vor allem in der ehrenamtlichen Basisarbeit. Erfahrungen als Leiter von Verwaltungsbehörden haben beide nicht, aber Erfahrungen im Umgang mit Verwaltungen schon.

Wer sind die „Neuen“? Was haben sie sich vorgenommen?

Frau Karawanskij, nach Ihrer ersten Rede im Landtag bezeichnete Sie eine Tageszeitung als „solide und entschlossen“. Finden Sie sich darin wieder?

Susanna Karawanskij. Solide klingt etwas altbacken, aber wenn die Arbeit als solide bezeichnet wird, so werte ich das in der Anfangsphase positiv. Entschlossen bin ich, das stimmt. Die mir anvertraute, riesige Aufgabe will ich an-

packen. Ich bin voller Enthusiasmus, gehe aber auch immer noch jeden Tag mit großem Respekt in das Ministerium. Viel Zeit für Nervosität blieb mir bei der Termin-dichte in den ersten Tagen nicht. Die freundliche Begrüßung im Haus, die positive Resonanz und der große Zuspruch ebneten mir schnell den Weg an die Arbeit. Und die ist umfassend, was schon der Name des Ministeriums ausdrückt - Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen.

Herr Büttner, Ihnen wird nach-gesagt, Sie seien ein Mann mit wechselnden Parteibüchern. Was sagen Sie dazu?

Andreas Büttner. Stimmt. Und ich stehe dazu. Vielleicht bin ich heute ein überzeugter Linker, weil ich die Junge Union und die FDP von innen erlebt habe. Ich stieß vor allem mit meinen Gedanken zu sozialer Gerechtigkeit an Grenzen. Es hat 'ne Weile gedauert, bis ich dahinter gekommen bin, was mich an den beiden Parteien störte. Darüber können wir gern ausführlicher reden.

Das Angebot steht. Wir kommen darauf zurück. Doch jetzt zum Heute. Seit wenigen Tagen sind Sie Staatssekretär. Wie fühlen Sie sich?

Andreas Büttner. Ich habe gar keine Zeit, darüber nachzudenken. Die ersten Tage waren randvoll mit Terminen, Beratungen, Gesprächen, Lesen, Vorgänge bearbeiten. Und – was mich besonders freut – Unterstützungsangeboten. Die Beschäftigten sind hochmotiviert und zeigen das auch. Dieses große Ministerium ist insgesamt ein tolles Team. Ich werde alles daran setzen, die positive Stimmung zu bewahren.

Und Lunapharm?

Andreas Büttner. Dieses Thema hat alle Beteiligten an die Grenzen der Belastbarkeit getrieben und tut es noch. Es hat vor allem offenbart, wie wichtig eine gut strukturierte und konsequente sowie personell gut ausgestattete Aufsichtsbehörde ist. Je mehr ich mich in dieses Thema einarbeite, desto

deutlicher wird aber auch, mit welchem kriminellen Labyrinth wir es zu tun haben. Schon jetzt muss ich eingestehen, dass eine Landesbehörde allein damit überfordert ist. Wir brauchen eine enge Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft, mit den anderen Bundesländern, dem Bund und der Europäischen Arzneimittelaufsicht. Im Interesse der Betroffenen laufen jetzt Ausschreibungen, um die Brandenburger Aufsicht personell aufzustocken und es werden auch die Kommunikationsbeziehungen zwischen Amt und Ministerium enger geknüpft.

Susanna Karawanskij. Wir waren gemeinsam in Wünsdorf und haben uns das Landesamt genau angesehen. Die Mitarbeitenden sind verunsichert, werden aber mit uns zusammenarbeiten, sowohl um weiter aufzuklären, Transparenz zu schaffen, als auch den Ruf des Amtes wieder herzustellen.

Die Aufarbeitung ist das eine. Die wird auch nur in enger Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden, bundes- und europaweit möglich sein. Auf der anderen Seite sind die betroffenen Patientinnen und Patienten, auch Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker. Da ist viel an Vertrauen in das Ministerium zerstört worden. Ich habe mir fest vorgenommen, das gemeinsam mit dem Ressort wieder herzustellen. Durch harte Arbeit, Gespräche und Veranstaltungen. Zudem werde ich mich kurzfristig an den Bundesgesundheitsminister mit der Bitte wenden, das Thema Arzneimittelsicherheit, Reimporte, länderübergreifende Aufsicht auf den Prüfstand zu stellen. Lunapharm ist längst kein Einzelbeispiel. Das Netzwerk hat schon heute Europa fest durchwoben.

Haben Sie angesichts des Medikamentenskandals überhaupt noch Zeit für anderes.

Susanna Karawanskij. Das geht natürlich nur mit Arbeitsteilung und Verlässlichkeit, wenn man sich auf seine Abteilungsleiter und die Beschäftigten verlassen kann. Und das tue ich, denn ich spü-

re im Haus vielfach den Wunsch nach Anerkennung von innen und außen. Das ist eine gute Basis. In Brandenburg wurde viel erreicht, worauf wir gemeinsam wirklich stolz sein können. Ein paar Stichpunkte. Arbeitslosigkeit einstellig, Integrationsbegleiter für Langzeitarbeitslose, Schulgesundheitsfachkraft im Modellprojekt, Telemedizin, Kita mit Biss, Krankenhäuser mit Ideen in allen Regionen, runder Tisch gegen Kinderarmut, ausgeprägtes Ehrenamt auch in der Flüchtlingsintegration, Gesundheitskarte für Geflüchtete, und und und. All das kommt nicht von ungefähr. Dafür braucht es politischen Willen, Engagement und Geld. Und da hoffe ich auf das soziale Gewissen des Landtages. Denn es gibt immer noch einiges zu tun. Ärzte aufs Land, Hebammenausbildung, Mindestlohn, Pflege ...

menausbildung, Mindestlohn, Pflege ...

Und wie ist das nun ohne Verwaltungserfahrung?

Andreas Büttner. Ohne Verwaltungserfahrung stimmt nicht. Ich habe in einer großen Behörde gearbeitet und habe Personalverantwortung gehabt. Ich weiß, wie große Behörden funktionieren, zudem bin ich Vater von vier Kindern, eines hat eine Behinderung. Da habe ich viel mit Verwaltungen zu tun. Da bekommt man schnell einen Blick dafür, was alles geändert werden müsste. Ich bin ein Freund von klaren Strukturen, in denen die Kolleginnen und Kollegen konstruktiv arbeiten. Und soweit ich das nach den wenigen Tagen im Amt überblicke, muss nur an ganz wenigen Stellen nachjustiert werden.

Und das erfordert mehr Personal. Es muss Schluss damit sein, mehr Arbeit mit weniger Beschäftigten durchzusetzen. Auch junge Leute brauchen eine Perspektive, auch innerhalb des öffentlichen Dienstes. Die ständigen Befristungen müssen auf den Prüfstand. Dafür will ich mich stark machen.

Zum Schluss, wovor fürchten Sie sich?

Susanna Karawanskij. Davor, dass ich etwas übersehe oder ungenügend beachte. (lacht) Doch dafür habe ich ja mein Büro, auf das ich mich jederzeit verlassen kann.

Andreas Büttner. Vielleicht davor, dass ich mich mal vergesse, wenn Bedenken das Mitdenken blockieren.

Es fragte: Gerlinde Krahnert

Mehr Infos über die Arbeit der Ministerin, des Staatssekretärs und des gesamten Ministeriums: www.masgf.brandenburg.de

Aus der Linksfraktion im Landtag

Koalition stärkt Zukunftsfähigkeit und Zusammenhalt im Land

Entwurf zum Doppelhaushalt 2019/20 vorgestellt

Der Entwurf zum Doppelhaushalt 2019/20 umfasst bereits strukturpolitische Investitionen, eine bessere Personalausstattung und eine Stärkung der Kommunalfinanzen. Das Gesamtvolumen des Haushaltsentwurfs liegt mit 25,3 Milliarden Euro höher denn je zuvor. Nach der ersten Lesung im September und den Beratungen in den Ausschüssen soll der Landtag den Doppelhaushalt im Dezember verabschieden.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Mike Bischoff erklärt: „Die Koalition stärkt mit dem soliden, ausgewogenen Doppelhaushalt die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und das soziale Gleichgewicht. Zwei Beispiele: Durch ein Stipendium wollen wir mehr junge Ärztinnen und Ärzte in die ländlichen Regionen bringen. Die ehrenamtlichen Helfer im Brand- und Katastrophenschutz bekommen für ihren Einsatz eine Retterprämie als Anerkennung und Dankeschön – auch das wird im Doppelhaushalt festgeschrieben. So werden die 20er Jahre in Brandenburg ein Jahrzehnt der Investitionen und des Zusammenhalts.“

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Ralf Christoffers, erklärt: „Mit dem neuen Doppelhaushalt wird Brandenburg sozialer und moderner. Mit guter Bildung, einer stabilen gesundheitlichen Versorgung, Innovationen in Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlicher Verwaltung sowie Investitionen in die Infrastruktur entwickeln wir den Sozialstaat weiter, der auch auf Demokratie und Solidarität fußt.“

Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen beinhalten unter anderem die Schwerpunkte:

Investitionen für die Zukunft:

■ Landesunterstützung Neubau Kitas/Horte (Programmstart)	für 2020	5,0 Mio. Euro
■ Förderung von Investitionen in Krankenhäusern	jährlich	20,0 Mio. Euro
■ Straßenplanung und -bau im Grünen Netz	2019/20	9,0 Mio. Euro
■ Zuschüsse zum „1000-Speicher-Programm“	2019/20	9,0 Mio. Euro
■ Denkmalschutz und Zuschüsse Bbg. Schlössergesellschaft	2019/20	5,2 Mio. Euro

Förderung des Zusammenhalts:

■ Brandenburg-Stipendium für angehende Landärzte	gesamt	5,7 Mio. Euro
■ Finanzierung eines 365-€-Tickets für Auszubildende ab 2019	jährlich	2,8 Mio. Euro
■ Stärkung der Frauenhäuser (Arbeit mit betroffenen Kindern)	2019/20	2,1 Mio. Euro
■ Förderung Klasse Musik und Klasse Kunst	gesamt	1,0 Mio. Euro
■ Unterstützung der Schulausbildung von Altenpflegekräften	jährlich	1,0 Mio. Euro
■ Förderung bei der praktischen Ausbildung von Hebammen	gesamt	0,9 Mio. Euro

Bitte beachten: Es handelt sich um zusätzliche Mittel.

Quelle:
Gemeinsame Pressemitteilung der Fraktionen DIE LINKE und SPD am 17. Oktober 2018

NACHRICHTEN AUS DER LANDTAGSFRAKTION DIE LINKE

(Zusammenstellung: Franziska Schneider)

■ Maßnahmenplan für den Brand- und Katastrophenschutz vorgestellt

Von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, innenpolitischer Sprecher

Dieser heiße und trockene Sommer hat uns allen gezeigt, wie wichtig ein gut funktionierendes System des Brand- und Katastrophenschutzes, insbesondere starke und leistungsfähige Feuerwehren für unser Land sind. Wir können stolz auf die Leistungen der Kameradinnen und Kameraden unserer Feuerwehren und der anderen Hilfsorganisationen sein, die die teils dramatischen Waldbrände mit großem Einsatz bewältigt haben. Dazu kommen noch die vielen kleineren Brände und Hilfeinsätze, die es daneben auch gegeben hat. Bei allen Problemen, die solche verheerenden Brände, wie der bei Treuenbrietzen mit sich bringen, hat sich aber auch gezeigt, dass das in Brandenburg bestehende Hilfesystem funktioniert hat. Der Brand- und Katastrophenschutz ist auch immer wieder ein Schwerpunkt im Landtag. Das Land unterstützt seit Jahren die Beschaffung von Fahrzeugen,

die Landesfeuerwehrschule ist zu einem modernen Ausbildungszentrum ausgebaut worden, das kommunale Investitionsprogramm hat Kommunen beim Aus- und Umbau der Feuerwehrgerätehäuser unterstützt. Zugleich haben die Anforderungen immer weiter zugenommen. Viele Autobahnunfälle mit komplexen Herausforderungen bringen das ehrenamtliche System mittlerweile an die Grenzen der Belastbarkeit. Dazu müssen wir feststellen, dass die Zahl der Aktiven im Brand- und Katastrophenschutz deutlich gesunken ist und dass die Tageseinsatzbereitschaft unter der Woche in vielen Fällen durch die ortsansässigen Wehren nicht mehr gewährleistet werden kann. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Deshalb ist ein umfassendes Paket mit einer Vielzahl von Lösungsvorschlägen erarbeitet worden. Darin sind auch die Anregungen aus den Regionalkonferenzen des Feuerwehrverbandes

eingeflossen. Vorgeschlagen wird u.a.

- eine stärkere Anerkennung des Ehrenamts für die Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr, denn nach wie vor hält der Rückgang der Anzahl der Freiwilligen Feuerwehrleute an. Dazu soll ein Treueprämiensystem eingeführt werden, das in 10 Jahresschritten gezahlt werden soll. Damit soll ein tatsächlicher Anreiz geschaffen werden, trotz der hohen Belastungen bei den Wehren und den Hilfsorganisationen aktiv zu bleiben. Eines ist uns ganz wichtig: Wir dürfen keine Trennung zwischen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren und den Hilfsorganisationen zulassen. Die Hilfsorganisationen und ihre ehrenamtlich Tätigen tragen oftmals unbemerkt einen großen Anteil bei den Groß-

einsätzen oder bei kleineren Veranstaltungen an jedem Wochenende weg.

- die Angebote der Ehrenamtskarte sollen weiter ausgebaut werden
 - die Altersgrenze soll auf 67 Jahre angehoben werden
 - Ausbau der hauptamtlichen Tätigkeiten bei den Freiwilligen Feuerwehren, um die Einsatzfähigkeit zu verbessern
 - kommunale Bedienstete sollen mit Feuerwehraufgaben zusätzlich betraut werden können
 - die Stützpunktwehren sollen gesetzlich geregelt werden
 - geprüft werden soll, wie die Feuerwehren von so genannten Hilfeleistungseinsätzen, wie dem Beseitigen von Ölspuren, entlastet werden können.
- Der Maßnahmenplan ist zur weiteren Beratung und Untersetzung an den Ausschuss für Inneres und Kommunales überwiesen worden.

■ Hilfsprogramme zu den „Altanschießern“ werden verlängert

Von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, innenpolitischer Sprecher

Die Koalition hat in einem Antrag die Landesregierung aufgefordert, die Hilfsprogramme zur Unterstützung der Wasser- und Abwasserzweckverbände zu prüfen und bei Bedarf zu verlängern. Besonders das Programm zum Verwaltungskostenzuschuss, das Ende 2018 auslaufen würde, soll um zwei Jahre bis Ende 2020 verlängert werden. Wir gehen auch davon aus, dass entsprechender Bedarf vorhanden ist. Denn die vom Bun-

desverfassungsgericht getroffene Entscheidung vom 12. 9. 2015 ist für die Zweckverbände eine hohe Belastung. Deshalb hat das Land über ein zinsloses Darlehensprogramm, Bedarfszuwendungen für die Beitragsrückerstattung und über einen Verwaltungskostenzuschuss einen gewichtigen Beitrag dazu geleistet, die Handlungsfähigkeit der Verbände zu sichern.

Für die Verbände, die sich über die Vorgaben des Bundesverfas-

sungsgerichts hinaus entscheiden, auch bestandskräftige Bescheide zurückzuzahlen, besteht die Möglichkeit, bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) zinsgünstige Darlehen aufzunehmen. Die Programme sind unterschiedlich in Anspruch genommen worden, darum fordern wir mit dem Antrag die Landesregierung auf, die Bedingungen für die Gewährung der Unterstützungsleistungen zu prüfen und dem kon-

kreten Bedarf anzupassen. Das gilt insbesondere für das zinsfreie Darlehensprogramm, für das über 200 Mio. Euro eingeplant worden sind. Dazu soll uns die Landesregierung im Dezember dieses Jahres Bericht erstatten.

Zum Antrag – Drucksache 6/9535: www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_9500/9535.pdf

■ Mehr Mitwirkungsrechte bei der Regionalplanung

Von Ralf Christoffers, Sprecher für Infrastruktur und Landesplanung

Die rot-rote Landesregierung hat ein Gesetz zur Änderung der Regionalplanung auf den Weg gebracht. Damit sollen in Umsetzung eines Landtagsbeschlusses die Regelungen über die Zusammensetzung der Regionalversammlungen verbessert werden. Damit sollen nun amtsfreie Gemeinden und Ämter mit mindestens 5000 EinwohnerInnen in ihren Regionalversammlungen mit einem

Stimmrecht ausgestattet sein. Das hat zur Folge, dass in den Regionalversammlungen bis zu 60 RegionalrätInnen ihre Arbeit aufnehmen können. Wir freuen uns, dass damit zugleich eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag erfüllt und für mehr demokratische Mitgestaltung der Kommunen gesorgt wird.

Weiterhin stehen große Aufgaben bei der Regionalplanung an.

In einigen Regionalen Planungsgemeinschaften steht die Neuaufstellung unwirksam gewordener Planung insbesondere bei den Teilplänen zur Windenergienutzung an. Dabei kann die Landesplanungsbehörde die Weiterplanung in Teilen oder in der gesamten Region untersagen. Damit ist die Errichtung weiterer Windkraftanlagen nicht zulässig. Dieses Moratorium kann bis zu zwei Jahre

dauern und um ein Jahr verlängert werden. Somit kann die Regionalplanung Verwaltungsaufwand sparen und unverzüglich mit den Änderungsplanungen in diesem Zeitraum beginnen, sofern ihre Windplanungen durch Normenkontrollverfahren unwirksam geworden sind.

■ Energiestrategie 2030: Maßnahmenkatalog wurde aktualisiert

Von Thomas Domres, energiepolitischer Sprecher

Mit dem aktualisierten Maßnahmenkatalog zur Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg setzen wir den Umbau der Energieversorgung im Land und damit die Energiewende fort. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist in unserer Region weit fortgeschritten. Doch um auf diesem Weg weiter zu kommen, brauchen wir Netze und Speicher im industriellen Format. Außerdem brauchen wir technologische Lösungen, um die verschiedenen Energieformen wie Strom, Gas und Wärme intel-

ligent zusammenwirken zu lassen. Die Reduzierung des Energieverbrauchs, die Steigerung der Energieeffizienz und die effizientere Nutzung von Rohstoffen sind vor dem Hintergrund des Klimawandels wichtige Themen, die wir uns mit dem Maßnahmenkatalog auf die Fahne geschrieben haben. Bis Ende 2020 stehen im zentralen Energie-Förderprogramm RENplus 65 Millionen Euro zur Verfügung. Damit werden u.a. private Hausbesitzer, die mit einer Photovoltaik-Anlage auf ihrem Dach selbst

Strom erzeugen, bei der Anschaffung eines Batteriespeichers unterstützt. Auch der Aufbau von Ladestationen für Elektrofahrzeuge wird vorangetrieben und gefördert. Eine flächendeckende Ladeinfrastruktur ist die zentrale Voraussetzung, damit es mit der Elektromobilität voran geht. Für das Land Brandenburg mit seiner sehr unterschiedlichen Siedlungsdichte stellt der Auf- und Ausbau der Ladeinfrastruktur eine besondere Herausforderung dar. Klar ist aber auch, dass die Energiewende

nur mit einer Verkehrswende zu schaffen ist.

Darüber hinaus wird durch die entsprechenden Maßnahmen wie z.B. der bedarfsgerechten Nachkennzeichnung von Windkraftanlagen und der Unterstützung von Beteiligungsmodellen von Bürgern und Gemeinden an Erneuerbaren Erzeugungsanlagen der Akzeptanz und der Beteiligung vor Ort beim Ausbau der Erneuerbaren Energien verstärkt Rechnung getragen.

■ Rot-Rot erhöht Schüler*innen-Bafög

Von Kathrin Dannenberg, bildungspolitische Sprecherin

Noch nie wurde in Brandenburg so viel unternommen, um Bildungsgerechtigkeit herzustellen, wie in den letzten Jahren: Vor allem die frühkindliche Bildung haben wir gestärkt, denn Weichen werden im Bereich Bildung schon früh gestellt. Darüber haben wir die Jugendlichen aus einkommens-

schwachen Familien aber nicht vergessen, die am Ende der 10. Klasse vor der schwierigen Entscheidung stehen, ob sie weiter zum Abitur schreiten, oder doch lieber eine vergütete Ausbildung antreten, um ihren Familien nicht länger auf der Tasche liegen zu müssen. Die meisten von ihnen fal-

len aus der Bundesförderung heraus, da sie noch zu Hause leben.

Auch diese Jugendlichen haben ein Recht, die Oberstufe besuchen zu können, ohne von den finanziellen Lasten, die ihnen dabei durch immer teurer werdende Schulmaterialien und anderen Erfordernissen wie Klassenfahrten, Museums-

besuche, Bücher etc. bevorstehen, erdrückt zu werden. Deshalb hat Rot-Rot das Schüler*innen-Bafög auf 125 Euro monatlich erhöht. Wir freuen uns sehr, damit unserem Ziel der Chancengleichheit in der Bildung einen weiteren, wichtigen Schritt nähergekommen zu sein.

„Die Wölfe sind zurück“

Antifaschistische Kunstaktion in Cottbus

Kunst ist im besten Sinne nicht nur Genussmittel, sondern auch Mittel zum Zweck – Denkprozesse in Gang zu setzen, auf gesellschaftliche Missstände und Gefahren hinzuweisen sowie für deren Beseitigung zu mobilisieren.

Davon lässt sich offenbar der Künstler Rainer Opolka in seinem Engagement gegen Rechtsextremismus leiten. Schon 2014 wurden er und sein Bruder dafür vom Förderkreis „Denkmal für die ermordeten Juden“ mit dem „Preis für Zivil Courage“ ausgezeichnet.

Wie nötig Zivilcourage und Gesicht zeigen sind, das demonstrieren in den letzten Jahren PEGIDA auf den Straßen und eine rechtsradikale (Landgericht Gießen, Az. 30/518) AfD in den Parlamenten.

Eine deutsche Himmelfahrt genügt doch. Die Opolkas haben das erkannt und erheben ihre Stimme für ein friedliches, demokratisches, weltoffenes, buntes Deutschland – frei von jeglichen Hasspredigern und daraus resultierender Gewalt. Mit den Mitteln der Kunst, in Form einer beeindruckenden und

nachdenklich stimmenden Kunstinstallation: „Die Wölfe sind zurück“, wird dem Betrachter diese Botschaft vermittelt. In Potsdam, Chemnitz, Dresden und in anderen Städten waren die Wölfe schon zu sehen. An zwei Tagen, am 17. und 18. Oktober, konnten nunmehr die Cottbuser diese zurückgekehrten Wölfe selbst in Augenschein nehmen. Aufgegriffen wird in der Installation die zentrale Geste der Nazi Zeit, der Hitlergruß. Der – Installateur – verbindet dies mit der Frage: Ist der Hitlergruß heute wieder modern? Die Bronzewölfe mit so bezeichnenden Namen wie Blind-Soldier, Mitläufer, NSU-Mann, Blinder Hassler und Anführer stehen für den zwölf Jahre dauernden Ungeist, der sich heute anschickt, erneut zurück zu kehren. Oder ist er schon mitten unter uns?

Dieses Wölfe sind Mahnung, was schon einmal war und sie sind Warnung davor, was passieren könnte, wenn sie weiter gefüttert werden. Zwei seiner Wölfe zeigen den Hitlergruß. Noch sind sie an der Leine. Deshalb die Worte von R. Opolka



Foto: Dr. Bernd Gross, CC BY-SA 3.0 de, commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=73605838

zum Schluss einer Erklärung: „Nur gemeinsam können wir unser Land und Cottbus besser gestalten. Dazu brauchen wir weder rechtsradikale Ideologen noch einen von außen organisierten Wanderzirkus wie ‚Zukunft Heimat‘, sondern die Institutionen der Demokratie“.

Wölfe-Kunstaktion gegen Hetze und Gewalt in Chemnitz am 13. 9. 2018

von
René Lindenau,
 Cottbus

Aus den Basisorganisationen der LINKEN

■ Woltersdorf

„Aufstehen“

Lebhaft diskutiert bei den LINKEN in Woltersdorf

von
Anny Przyklenk,
Woltersdorf



Rainer Balcerowiak
Aufstehen und wohin gehts?

144 Seiten, brosch.,
12,5 x 21 cm,
Buch: 10,- €, ISBN
978-3-360-01342-2,
eBook 7,99 €, ISBN
978-3-360-50157-8
Inhalt: siehe Kasten

Wenn der Wecker uns dazu auffordert, reagieren wir darauf nicht immer mit Elan, in meinem Alter schon gar nicht. Ganz anders ist das, wenn „Aufstehen“ in einem gesellschaftlichen Kontext steht. Da produziert das Gehirn Assoziationsketten.

- Aufstehen, also nicht sitzen bleiben, nicht aussitzen.
- Aufstehen, sich für alle sichtbar in voller Größe erheben.
- Aufstehen war und ist eine Aufforderung an die Menschen, die gewillt waren und sind, sich für eine humane gesellschaftliche Entwicklung in ihrem Land und nun auch global einzusetzen.

Das „Aufstehen“ durch die Initiatoren der Sammlungsbewegung gewählt wurde, begrüße ich persönlich sehr. Ich denke, dass viele meiner Genossen und Mitstreiter in unserer Basisorganisation ebenfalls dadurch motiviert wurden. Sie setz-

ten am 24. September 2018 eine Diskussion zur Sammlungsbewegung auf die Tagesordnung unserer Mitgliederversammlung. Die überaus lebhafteste Debatte bewies, dass der Funke übergesprungen ist, was bei vorherigen Veranstaltungen nicht immer zu spüren war.

Ausgehend von gegenwärtigen Erscheinungsformen, die die Wirksamkeit demokratischer Kräfte einschränken bzw. sogar die Existenz der Demokratie bedrohen, haben wir die Notwendigkeit einer Bündelung vieler Menschen zur Durchsetzung der im Gründungsauftrag fixierten Ziele bejaht.

Befürchtungen, dass die Sammlungsbewegung zur Spaltung der LINKEN führen könnte, hatten wenige. Zwischen dem Gründungsauftrag und dem Programm der LINKEN gibt es eine umfassende Übereinstimmung. Inhaltliche Differenzen dürften demnach kein Spaltungsgrund sein. Natürlich kennen wir die unterschiedlichen Argumentationen, die die Gefahr der möglichen Spaltung postulieren.

Für uns ist es deshalb unabdingbar, dass wir uns in weiteren Mitgliederversammlungen klug machen.

Auseinandersetzen müssen wir uns m.E. mit Anwürfen bürgerlicher Medien, die der Sammlungsbewegung linken Populismus vorwerfen. Nötig ist es auch, sich mit den Aussagen auseinanderzusetzen, dass die Sammlungsbewegung eine Nachahmung der En-Marche-Bewegung von Emmanuel Macron sei oder der Fünf-Sterne-Bewegung in Italien. Jedweder formaler Vergleich ist unsauber, wir wollen aufgrund fundierter Kenntnisse urteilen.

Fazit unserer Mitgliederversammlung: Wir begrüßen mehrheitlich die Sammlungsbewegung „Aufstehen“.

Unklar blieb noch, durch welche Organisationsformen das Zusammenfinden und das Zusammenhalten sowie die gemeinsamen Aktivitäten erreicht werden sollen.

Ich denke, auch darauf wird es zukünftig eine Antwort geben. Eine Antwort finde ich in dem Gedicht „An den Schwankenden“ von Bertolt Brecht, 1933 geschrieben, aber hochaktuell.

Als LINKE mich in die Sammlungsbewegung einzubringen, das ist meine Antwort.

An den Schwankenden

*Du sagst:
Es steht schlecht um unsere Sache.
Die Finsternis nimmt zu.
Die Kräfte nehmen ab.
Jetzt, nachdem wir so viele Jahre
gearbeitet haben, sind wir in
schwierigerer Lage als am Anfang.*

*Der Feind aber steht stärker da
denn jemals.
Seine Kräfte scheinen gewachsen.
Er hat ein unbesiegliches
Aussehen angenommen.*

*Wir aber haben Fehler gemacht,
es ist nicht zu leugnen.
Unsere Zahl schwindet hin.
Unsere Parolen sind in
Unordnung.
Einen Teil unserer Wörter
hat der Feind verdreht
bis zur Unkenntlichkeit.*

*Was ist jetzt falsch von dem,
was wir gesagt haben?
Einiges oder alles?
Auf wen rechnen wir noch?
Sind wir übriggebliebene,
herausgeschleudert aus dem leben-
digen Fluß?
Werden wir zurückbleiben?
Keinen mehr verstehend und
von keinem verstanden?
Müssen wir Glück haben? So
fragst du.*

*Erwarte keine andere Antwort als
die deine!*

Bertolt Brecht, 1933

Aufstehen und wohin gehts?

Welches Potenzial hat Sahra Wagenknechts linke Bewegung „aufstehen“? Bereits wenige Tage nach dem Bekanntwerden sind mehr als 60 000 Menschen Teil dieser Bewegung.

Politikverdrossenheit und Zukunftsangst haben eine Mehrheit erfasst. Ratlosigkeit macht sich in allen Parteien breit: CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne und auch die Linkspartei verlieren an Einfluss. Gewinner ist die AfD. Diese Partei hat nur ein Thema: Asylbewerber und Emigranten. Und statt gegen diesen mit Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Chauvinismus gespeisten Nationalismus aktiv vorzugehen, wird das rechtsextreme Vokabular übernommen. Vetterwirtschaft, Lügenpresse, Asylantenflut, Sozialschmarotzer: Solche Begriffe sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Doch nicht nur diese gefährliche Idiotie muss man bekämpfen. Es verschärfen sich die Klassengegensätze; die Reichen werden extrem reicher, die Armen in großen Massen ärmer; Wohnungsknappheit und Niedriglöhne, Sozialnot und Ausbeutung bestimmen die Wirklichkeit der Wirtschaftsmacht Deutschland.

Aufwachen, sagen Sahra Wagenknecht und viele Menschen inner- und außerhalb der Parteien, wir müssen dagegen mobil machen, aufstehen und der Entwicklung eine linke Bewegung entgegenstellen.

Die neue Bewegung »aufstehen« wird von den etablierten Parteien, auch der eigenen, angegiftet, statt sich mit ihr erst einmal auseinanderzusetzen. Auch deshalb fordern engagierte Leute: aufstehen! Rainer Balcerowiak hat die Gründe untersucht, weshalb die Bildung dieser Bewegung konsequent ist und was sich daraus entwickeln könnte und hat sehr viele Menschen gefragt, ohne und auch mit Mandat: Was kann, was soll »aufstehen«? Er fördert höchst aktuelle, sehr brisante Einsichten zutage.

■ Erkner

Gemeinsam für bessere Verbindungen

 von
 Uwe Meier

„Kann der Speckgürtel bis Frankfurt (Oder) wachsen?“

Gut gefüllt war der Saal im Gerhard Hauptmann-Museum kurz vor Herbstbeginn, als die Basisorganisation DIE LINKE zu einer Veranstaltung über eine interessante Idee einlud. Unter der Überschrift „Entlastung durch Ausdehnung: Kann der Speckgürtel bis Frankfurt (Oder) wachsen?“ moderierte der Ortsvorsitzende Michael Voges ein Gespräch zwischen Vorstandsmitglied Franzi Schneider, die von den Erkneraner LINKEN als Kandidatin für die kommende Landtagswahl favorisiert wird und René Wilke, dem Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder).

Frankfurt (Oder) heute

Die erste Frage des Moderators an den Gast aus der Grenzstadt war, wie er es geschafft habe, als LINKER die Stichwahl um das Amt des Oberbürgermeisters im März haushoch zu gewinnen. „Die Stadt atmen“, erklärte Wilke seine Herangehensweise. Bei sich bleiben, glaubwürdig sein, sich zur Not auch gegen die Linie der eigenen Partei stellen und durchaus den Bürgern widersprechen, wenn Zustimmung die eigenen Überzeugungen verletze. Ein Ansatz, den Franzi Schneider lobt und ergänzt: „Wichtig für uns LINKE ist, wieder mehr zu den Bürgern zu gehen, mehr mit ihnen, als über sie zu reden. Betroffenen direkt zu helfen und wie zuletzt den öffentlichen Protest für den Erhalt der GefAS in Erkner zu organisieren, dort liegen unsere Aufgaben.“

Frankfurt (Oder) ist hoch verschuldet. René Wilke verwaltet einen aktuellen Schuldenberg von etwa 120 Millionen Euro. Hinzu käme ein Reparaturrückstau an öffentlichen Gebäuden und Straßen von etwa 100 Millionen Euro. „Um die Mängel zu beheben, stehen uns jährlich etwa drei Millionen Euro zur Verfügung“, deutet der 34-Jährige an, was für eine Last sein Amt mit sich bringt.

Aber Frankfurt habe auch großartige Perspektiven und Dinge, die woanders fehlen. Zum Beispiel: Den zweithöchsten Kulturetat pro Kopf im Vergleich von Städten dieser Größenordnung deutschland-

weit. Eine bunte Gesellschaft voller Menschen aus aller Herren Länder, bedingt durch die Studenten der international aufgestellten Europa-Universität Viadrina, durch die Beschäftigten des Forschungsinstituts IHP GmbH (Innovations for High Performance Microelectronics/Leibniz-Institut für innovative Mikroelektronik), mehr als 1300 zum großen Teil dezentral in eigenen Wohnungen lebende Geflüchtete und immer mehr polnische Übersiedler in der 60000-Einwohnerstadt. Überhaupt sei die Nähe zu Polen Wesensmerkmal einer Situation, die Stück für Stück besser werde. Als „Doppelstadt“ gelten Frankfurt (Oder) und Słubice mittlerweile, die einst trennende Stadtbrücke gilt heute als selbstverständlich genutzte Verbindung. Und es gibt immer mehr gemeinsame Projekte, die echten Nutzen bringen. Beispiel Fernwärme: In den kalten Monaten versorgen die großen Kapazitäten der deutschen Seite die polnische mit, während des Sommers nutzen die Städte die geringeren Fähigkeiten der polnischen Seite, weil die dann ausreichen. Eine Trasse entlang der Oderbrücke macht es möglich.

Der Speckgürtel

Ganz anders ist die Bevölkerungsstruktur im Landtagswahlkreis 31 zu beschreiben, erzählte Franzi Schneider dem Gast. Während in der Stadt Erkner mit immerhin 1200 kommunalen Wohnungen auch noch „normale Menschen“ ein Zuhause fänden, würde in Schöneiche, Woltersdorf, Neuenhagen und Hoppegarten der private Wohnungs- und Hausbau deutlich überwiegen, so dass finanzierbare Mieten immer seltener würden.

Beachtlich gut kennt René Wilke die Probleme des Speckgürtels. „Enge, Wohnraumknappheit, Mangel an Kitaplätzen und sogar Probleme, die Kinder ordentlich zu beschulen, ein überlasteter öffentlicher Nahverkehr“, führte er an, um sogleich anzumerken, dass seine Stadt auf genau diesen Feldern das Gegenteil darstelle. Und das, obwohl Erkner und Frankfurt (Oder)

doch so weit voneinander entfernt nicht sind. Woran liegt es, dass an der Oder öffentlich gefördert Wohnhäuser abgerissen werden, die im Speckgürtel für viel Geld neu entstehen müssen?



Einig in der Sache und im Ziel: René Wilke, Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder) wünscht sich eine Kandidatur von Franziska Schneider, Foto: U. Meier

RegionalExpress 1 mit Sprinterzügen ergänzen

Franziska Schneider und René Wilke sind sich einig in der Diagnose: Der Weg ist nicht zu lang, er dauert zu lange. Eine Taktverkürzung des RegionalExpress 1 sowie die Ergänzung um Sprintervarianten, die dann nur in Frankfurt (Oder), Fürstenwalde, Erkner und Berlin halten, könne Entlastung bringen.

Ein Gedanke, der im engagiert mitdiskutierenden Publikum der zweistündigen Veranstaltung großen Anklang fand. Verkehrsplanung sei jedoch eine Landesangelegenheit, erklärte René Wilke. „Ein Weg, das Problem zu lösen, sitzt neben mir“, fügte er hinzu.

Der Oberbürgermeister kennt die 32-jährige Medienwissenschaftlerin Franzi Schneider aus der gemeinsamen Arbeit im Landtag, dem er bis zum Frühjahr als Abgeordneter und stellvertretender Vorsitzender der Linksfraktion angehörte. Sie arbeitet als medienpolitische Referentin für den Abgeordneten Volkmar Schöneburg. „Franzi als Kandidatin aufzustellen, kann ich nur empfehlen. Sie hat die notwendige Intelligenz und den Biss für die Aufgabe, verfügt über reiche Erfahrungen und ist vor allem eine Frau, die nie leichtfertig den einfachsten Weg sucht, sondern stets den Dingen auf den Grund geht und seriöse Lösungen erarbeitet.“

Aus dem Kreistag Oder-Spree



von
Dr. Artur Pech,
Schöneiche,
Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE
im Kreistag Oder-
Spree

40 000 Euro den Tafeln in LOS für 2018 zugesprochen

Der September-Kreistag 2018

Was ist aus unseren im Oktober „Widerspruch“ (Seite 9) vorgestellten Initiativen für den September-Kreistag geworden?

Unter dem Eindruck der Entwicklungen an der Essener Tafel hatte ich den Antrag „Förderung integrationsrelevanter und konfliktverhütender Maßnahmen im Landkreis Oder-Spree“ für den Kreistag im April eingebracht.

Die gute Nachricht: Dieser Antrag wurde nun im September nach etlichen Beratungsrunden angenommen. Damit werden die Tafeln im Landkreis noch bis zum Ende dieses Jahres mit 40 000 Euro unterstützt. Auch Unbeteiligte konnten der Presse entnehmen, dass es hier um eine Initiative der LINKEN im Kreistag ging.

Ich habe mich für diesen Antrag aus verschiedenen Richtungen beschimpfen lassen müssen. Die Einen meinten, konfliktverhütende Maßnahmen seien nicht nötig und schoben mich mit einer abstrusen „Logik“ gemeinsam mit Sahra Wagenknecht in die rechte Ecke. Ob die das nach Chemnitz, nach Köthen, nach Frankfurt (Oder) immer noch so sehen? Immerhin war aus dieser Ecke bei den Beratungen im Kreistag eine Intrige zu erkennen,

mit der unser Antrag zu Fall gebracht werden sollte.

Und die Nazis und ihre Anverwandten im Kreistag sind natürlich gegen jede Maßnahme zur Verbesserung der Integration.

Wie dem auch sei: Vor allem die Menschen, die zu diesen Tafeln gehen müssen und die an den Tafeln arbeiten, erfahren nun eine (geringe) Hilfe und eine Wertschätzung ihrer Arbeit. Dafür hat sich der Einsatz gelohnt.

Die weniger gute Nachricht: Unser Antrag „Gleicher Lohn und gleiche Sozialleistungen für alle, die in Deutschland arbeiten!“ wurde mit der Begründung in die Ausschüsse verwiesen, es handle sich um ein kompliziertes Thema und die Zeit sei zu kurz gewesen, sich damit auseinanderzusetzen.

Inhaltlich habe ich hier den Informationen im September-„Widerspruch“ (Engels, Marx, das Kindergeld und die Lage der arbeitenden Klasse heute) nichts hinzuzufügen. Wohl aber ist darzustellen, was von der in diesem Falle äußerst fadenscheinigen Begründung für die mittlerweile übliche Verweisung unserer Anträge in die Ausschüsse zu halten ist.

Den Antrag „Gleicher Lohn und gleiche Sozialleistungen für alle, die in Deutschland arbeiten!“ für den Kreistag am 26. September 2018 habe ich am 20. August 2018 eingereicht. Das Büro des Kreistages hat – wie es seine Aufgabe ist – diesen Antrag am 21. August 2018 ausgefertigt und auf den üblichen Wegen verteilt. Wo mehr als ein Monat nicht ausreicht, um sich mit einem überschaubaren Antrag zu befassen, da dürften die Gründe kaum in einer inhaltlichen Überforderung liegen. Und etwas dummlich war es schon, wenn am 26. September 2018 im Kreistag bezweifelt wurde, dass die größte Gruppe der von einer Kürzung des Kindergelds Bedrohten aus Polen kommt – dem Nachbarland, mit dem sich doch (fast) alle Mitglieder des Kreistages eine gute Zusammenarbeit wünschen.

Aber auch hier ist – wie bei dem Antrag zu den Tafeln – die Situation widersprüchlich. Der Ausschuss, in den die Sache verwiesen wurde, hat sich (mit knapper) Mehrheit dafür ausgesprochen. Diese Diskussion wird also im Dezember-Kreistag ihre Fortsetzung finden. Auf die internationalistische Position der Linksfraktion ist jedenfalls Verlass.

Aus dem Kreisvorstand Oder-Spree

■ 29. September 2018

Erste Landtagsdirektkandidaten nominiert

Die Vorbereitung für die Landtagswahlen 2019 läuft. In zwei von vier Direktwahlkreisen, die in unserem Landkreis liegen, wurden bereits eine Kandidatin und ein Kandidat der Partei DIE LINKE für die Wahl nominiert.

Am 29. September war die Wahlkreisversammlung für den **Wahlkreis 30** – Städte Fürstenwalde,

Beeskow, Amt Odervorland, Gemeinden Grünheide, Steinhöfel und Rietz-Neuendorf – im Alten Rathaus in Fürstenwalde zusammen gekommen und hat **Stephan Wende** aufgestellt.

Er gehört seit 2008 der Stadtfraktion in Fürstenwalde an und agiert seit 2009 als ihr Vorsitzender. Er ist in der 2. Wahlperiode Mitglied

im Kreistag Oder-Spree, wo er als stellvertretender Vorsitzender den Jugendhilfeausschuss und den Unterausschuss Jugendhilfeplanung leitet.

Stephan Wende hat sich zum Ziel gesetzt, den Wahlkreis zu gewinnen, denn, so sagt er, „unsere Region braucht Gewicht im Potsdamer Landtag. Die Ängste und Hoff-

nungen der Menschen hier vor Ort müssen im Landtag Gehör finden. Ich werde ein guter Lautsprecher für ihre Belange sein und für ihre Interessen kämpfen.“

Stephan hatte keine Gegenkandidaten und wurde mit 78 Prozent der Stimmen gewählt.

Auf der Aufstellungsversammlung für den **Wahlkreis 31** – Stadt Erkner, Gemeinden Schöneiche, Woltersdorf, Neuenhagen und Hoppegarten – die gemeinsam mit den dort wohnhaften Genossinnen und Genossen am 5. Oktober in Neuenhagen durchgeführt wurde, fiel das Ergebnis sehr knapp aus. Nominiert wurde die 32-jährige **Franziska Schneider** aus Erkner. Sie gewann knapp gegen Fritz Viertel aus Schöneiche mit 41

zu 39 Stimmen. Franziska ist Medien- und Kommunikationswissenschaftlerin. Seit 2014 arbeitet sie als Referentin für Medienpolitik bei der Landtagsfraktion. Daneben ist sie Wahlkreismitarbeiterin für den Landtagsabgeordneten Volkmar Schöneburg.

„Die Bürger unseres Landes müssen bei Entscheidungen im Landtag stärker im Mittelpunkt stehen. Ihre Sorgen sind aufzugreifen und in konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation umzusetzen. Das ist gleichzeitig der einzige Weg, um der unheilvollen Stimmungsmache der ‚Rattenfänger von Rechts‘ Herr zu werden“ begründet sie ihre Motivation, für den Landtag zu kandidieren. Die Entscheidung fiel den Mitgliedern sichtlich schwer. In der Fragerunde an die

beiden Bewerber betonten mehrere Teilnehmer, es sei ein gutes Zeichen, dass sich gleich zwei junge, kompetente Menschen zur Wahl stellen, die in der Region verankert sind.

Die Aufstellungsversammlungen für den Wahlkreis 29 (Städte Eisenhüttenstadt, Friedland und Ämter Brieskow-Finkenheerd, Neuzelle, Schlaubetal) findet am 3. November in Eisenhüttenstadt in der Geschäftsstelle der LINKEN und für Wahlkreis 27 (Städte Königs Wusterhausen, Storkow (Mark) und Ämter Scharmützelsee, Spreenhagen) am 10. November im KIEZ Hölzerner See in Heidesee statt.



von
Julia Wiedemann,
 Woltersdorf,
 Vorsitzende
 DIE LINKE
 Oder-Spree

■ 2. Oktober 2018

Kreisvorstand bereitet Wahljahr 2019 vor

Die Oktobersitzung des Kreisvorstandes befasste sich zum Großteil mit der Vorbereitung des Superwahljahres 2019 in Brandenburg.

Zum Kreistagswahlprogramm 2019

Für die Erarbeitung unseres Wahlprogramms zur Kreistagswahl hat sich eine Redaktion gebildet und ihre ersten beiden Sitzungen gehabt. Die inhaltlichen Vorschläge der beiden Programmwerkstätten im April und Juni flossen neben weiteren Zuarbeiten in den bisherigen Text ein. Bis Ende November lassen wir den Ortsverbänden einen ersten Entwurf zukommen, so dass noch Ergänzungs- oder Änderungswünsche diskutiert werden können. Inhaltliche Vorschläge, gerne auch ausformulierte Textpassagen, können bis zum 23. Dezember per E-Mail an wahlprogramm@dielinke-oder-spree.de gesendet werden. Der Kreisvorstand wird einen Entwurf verabschieden, der dann am 12. Januar auf einer Mitgliederversammlung beschlossen wird.

Kandidat*innen für die Kreistagswahl 2019 gewinnen

An diesem Tag möchten wir auch unsere vier Listen für den Kreistag aufstellen. Der Landkreis Oder-Spree wird in die gleichen vier Wahlkreise wie zur letzten Wahl im Jahr 2014 eingeteilt. Bis zum 31.

Dezember sind alle Mitglieder und Sympathisant*innen angehalten Kandidat*innen für den Kreistag in ihrem Umfeld zu gewinnen oder den Ortsvorständen vorzuschlagen. Bis dahin sollten der Kreisgeschäftsstelle alle Kandidaturen angezeigt werden, um alle erforderlichen Unterlagen für die Mitgliederversammlung 12 Tage später vorbereiten zu können.

Für den Samstag, den 17. November, laden wir alle Neumitglieder seit November 2017 zu unserem nächsten Neumitgliedertreffen in die Kreisgeschäftsstelle nach Fürstenwalde ein.

Gesamtmitgliederversammlung bestimmt Kandidat*in aus LOS für vorderen Platz auf der Landesliste zur Landtagswahl

Am 24. November begrüßen wir Jan van Aken, den ehemalige außenpolitischen Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, auf unserer Gesamtmitgliederversammlung. Dort wählen wir die Vertreter*innen für die Bestimmung unserer Kandidatenlisten für die Wahl zum Landtag Brandenburg und zum EU-Parlament. Auf der Versammlung legen wir als Kreisverband auch fest, welche Person wir für einen vorderen Listenplatz auf der Landesliste vorschlagen möchten. Unsere Liste zur Landtagswahl wird auf einer

Vertreter*innenversammlung am 26. und 27. Januar 2019 bestimmt.

Position des Kreisvorstandes LOS zum Polizeiaufgabengesetz

Neben diesen und weiteren organisatorischen Punkten setzten wir uns mit Vorschlägen des Innenministers Schröter zur Novelierung des Polizeiaufgabengesetzes auseinander, denen bereits in der September-Ausgabe des Widerspruchs durch Dr. Volkmar Schöneburg argumentativ begegnet wurde. Unser Landtagsabgeordneter sieht die Entwicklung hin zu einem eher polizeilich geprägten Interventionsrecht im Strafrecht äußerst kritisch.

Solche Tendenzen sind derzeit auch in anderen Bundesländern zu beobachten und es gilt sich dem zivilgesellschaftlich und politisch entgegenzustellen, um unseren Rechtsstaat zu erhalten.

Der Kreisvorstand schließt sich der Kritik am Brandenburgischen Polizeiaufgabengesetz an, die vom Bündnis „Nein zum Brandenburger Polizeigesetz! Gemeinsam gegen den Angriff auf unsere Freiheit und Grundrechte!“ formuliert wurde und ruft zur Teilnahme an Protesten gegen die Verschärfung des Gesetzes im derzeitigen bekannten Entwurf auf.



von
Christopher Voß,
 Fürstenwalde,
 Vorsitzender
 DIE LINKE
 Oder-Spree

Schwerpunkt: Polizeiaufgabengesetz

Sitzung des Landesvorstandes am 5. Oktober 2018



von
Alexander
Klotzovski,
Eisenhüttenstadt,
Mitglied des Landes-
vorstandes der LIN-
KEN Brandenburg
und des Kreisvor-
standes Oder-Spree

Zu Beginn der Sitzung erfolgten wie immer aktuelle Meldungen aus den Parlamenten, dem Parteivorstand, den Kreisen sowie den Landesarbeitsgemeinschaften.

Den Hauptteil nahm die Debatte um das Polizeiaufgabengesetz (PAG) ein. Dazu berichtete Ralf Christoffers (Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg) über den aktuellen Stand und

machte nochmals deutlich, dass es keine Verschärfung nach bayerischem Maßstab geben wird.

Ein aktueller Entwurf sollte zur Klausur von Landesvorstand und Landtagsfraktion am 12./13. Oktober 2018 in Wittenberge vorliegen und diskutiert werden. Da dies jedoch nicht der Fall war, können wir sicher sein, dass die Landtagsfraktion alles daran setzt, die im Ent-

wurf vorgesehenen unzumutbaren Verschärfungen, wie den Einsatz von Fußfesseln, zu verhindern.

Es hat sich ein Bündnis gegen das PAG formiert, bei dessen Gründungstreffen Isabelle Vandr  (MdL) anwesend war und das bereits durch einige Kreisverbände der LINKEN Unterstützung erfährt.

Dieses Bündnis wird durch den Großteil des Landesvorstands kritisch betrachtet, da es darüber kaum Informationen gibt und die Arbeit der Landtagsfraktion dadurch beeinträchtigt wird.

Dementsprechend verwundert waren wir auch, dass der Kreisvorstand Oder-Spree dieses Bündnis durch einen Beschluss mit finanzieller Ausstattung unterstützt, obwohl weder klar ist wer dort agiert, noch wie der konkreter Entwurf des PAG aussieht. Da ich Mitglied des Kreisvorstandes bin und an der letzten Sitzung nicht teilnehmen

konnte, werde ich das notwendigerweise noch einmal thematisieren.

Im Tagesordnungspunkt Landtagswahl 2019 stimmten wir über das Wahlverfahren für die Landesvertreter*innenversammlung am 26./27. Januar 2019 ab. Die Listenplätze 1-20 sollen in einem Einzelwahlverfahren bestimmt werden und ab dem Platz 21 wird das Poolverfahren angewandt. Da das elektronische Wahlverfahren nicht möglich ist, muss die Landesvertreter*innenversammlung an zwei Tagen stattfinden.

Wir bestimmten Helmut Scholz (Mitglied des Europaparlamentes) als Kandidaten der Brandenburger LINKEN für die Europawahl am 26. Mai 2019. Die Kandidatur von Harald Pätzold (vorgeschlagen von der Bundesarbeitsgemeinschaft DIE LINKE queer) wird ebenfalls unterstützt.

von
Franziska
Schneider,
Erkner

„Noch nicht komplett im Arsch ...“

Achte Filmveranstaltung im Erkneraner Kino Moviland mit Volkmар Schöneburg

Der Landtagsabgeordnete Dr. Volkmар Schöneburg lud Ende September ins Kino Moviland Erkner zur kostenlosen Filmvorführung ein. Als es Film ab für „Wildes Herz“ hieß, waren im großen Kinosaal nur noch vereinzelt freie Plätze zu ergattern.

In dem Dokumentarfilm von Charly Hübner wird Monchi, der

Sänger der Band „Feine Sahne Fischfilet“ aus Mecklenburg-Vorpommern, begleitet. Monchi lebt ein bewegtes, viele Wendungen nehmendes Leben. Von der gewaltbereiten Hooligan Szene zum Punk mit festem Standpunkt hin zur Politisierung.

„Monchi ist Verteidiger seines Zuhauses gegen rechtes Gedankengut.“, sagte Volkmар Schöneburg und erklärt weiter: „Der Film ist ein Aufruf zum Handeln, sich aufzulehnen und klare Kante gegen Rechts zu zeigen. Im Zuge der im kommenden Jahr vor uns stehenden Wahlen sehe ich den Film als eine Aufforderung, sich der AfD lautstark in den Weg zu stellen.“ So tourte die Band beispielsweise zur Landtagswahl 2016 mit dem Slogan „Noch nicht komplett im Arsch – Zusammenhalten gegen den Rechtsruck“ durch die Lände. „Und trotzdem“, so Schöneburg, „wurde die Band vier Jahre lang vom Verfassungsschutz des Landes Mecklenburg-Vorpommern überwacht.“

In der anschließenden Diskussion, moderiert von Franziska Schneider, Direktkandidatin zur Landtagswahl 2019 im Wahlkreis 31, spielte das aber weniger eine Rolle. Das Publikum von Jung bis Alt diskutierte sehr konstruktiv über die erfrischend direkte und für manche Ohren aggressiv klingende Sprache des Sängers und deren gesellschaftlicher Bedeutung.

Dies ist die siebente Filmvorführung von Volkmар Schöneburg in seinem zuständigen Landkreis Oder-Spree. Zweimal im Jahr führt er im Kino Moviland Erkner kostenlose Filmveranstaltungen durch. Als medienpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg möchte Schöneburg damit die regionale Kinolandschaft fördern und das Kino als kulturellen Erlebnisort nutzen.

Gezeigt wurde seit 2016 im Kino Moviland Erkner bereits: „Der Staat gegen Fritz Bauer“, „Neuland“, „Transit Havanna“, „Der junge Karl Marx“, „Hör ich auf Getreu zu sein“ und „Pre-Crime“.



Franziska Schneider, Direktkandidatin zur Landtagswahl 2019 im Wahlkreis 31, im Gespräch mit dem Gastgeber des Abends Volkmар Schöneburg. Foto: Ronald Pienkny

Besuch in der Stahlstadt Pittsburgh

Jenseits von Washington DC, ein Blick in das amerikanisch Hinterland

Kaum ein Tag vergeht derzeit ohne Aufregung über den US-Präsidenten und seine Politik. Umso attraktiver erschien mir die Möglichkeit, an einem Besuchsprogramm mit dem Titel „Jenseits von Washington, ein Blick in das amerikanische Hinterland“ teilzunehmen. Es führte vom 16. bis 23. September 2018 von Berlin über Washington DC nach Pittsburgh, Pennsylvania und in die umliegenden Kreise Allegheny und Washington.

Pennsylvania gilt als „swing state“, das heißt, mal gewinnen die Republikaner, mal die Demokraten. Die Wahl 2016 hat eine Mehrheit für Donald Trump gebracht. Pittsburgh liegt dort, wo die Flüsse Allegheny und Monongahela aufeinander treffen und im Zusammenfluss zum Ursprung des Ohio River werden. Der Ohio mündet in den Mississippi River, den Mark Twain mit seinem Roman über Tom Sawyer weltberühmt gemacht hat.

Pittsburgh wird wegen dem Zusammenfluss auch die Stadt der drei Flüsse genannt. In der Frühzeit der Industrialisierung boten sie sich als ideale Transportwege für Kohle und Erz an und so bekam Pittsburgh den Beinamen Steelcity, Stahlstadt. Bei der letzten Bevölkerungsstatistik in Pittsburgh haben 25 Prozent angegeben, deutsche Familienwurzeln zu haben, für die USA gesamt sind es nach dem Zensus von 2015 rund 45 Millionen. Der größte Teil ist zwischen 1848 und 1918 ausgewandert oder geflohen.

Mit der Stahlkrise der 1970er Jahre ist die gesamte Region in eine wirtschaftlich schwere Zeit gerutscht, auch die Automation machte schwer zu schaffen. Ein Stahlwerk, das in der Mitte des 20. Jahrhunderts in etwa 15 000 Arbeiter beschäftigte, wird heute von 600 Menschen betrieben. In Pittsburgh gingen 100 000 Jobs in der harten Industrie verloren. Man wollte und musste wieder auf die Beine kommen.

Der Wandel vom Industrie- zum Digitalen Zeitalter wurde wegen der Stahlkrise und dem Niedergang der alten Industrien schon früh als eine Möglichkeit gesehen, die Region neu aufzustellen. Mit



Silhouette von Pittsburgh, Foto: Peter Frigger

einer Art „rundem Tisch“ wurden Akteur*innen der Stadt und der Region zusammengebracht, um eine Zukunftsperspektive zu entwerfen.

Hervorzuheben scheint mir, dass die Universitäten nicht nur als Wirtschaftsstandorte, sondern als Wissensorte angesehen wurden. Sie konnten z.B. im Feld der Zukunftstechnologien Fachwissen einbringen. Es wurde ein langer Blick über eine oder zwei Wahlperioden hinaus gewagt. Welche Techniken könnten auf eine Zeitlänge von 40 oder 50 Jahren eine tragfähige ökonomische Basis werden?

Eine Antwort auf diese Frage ist die Robotertechnik. Autonomes Fahren ist ein großes Forschungsfeld. Digitale Technologien werden z.B. auf ihre Fähigkeit zur Verbesserung von Nachhaltigkeitsstrategien geprüft und entwickelt. Auch das Gesundheitswesen ist ein wichtiges Standbein der Region geworden.

Es gibt einen kostenlosen U-Bahn-Verkehr, um „Park and Ride“ zu befördern und die Zahl der Autos in der Innenstadt zu reduzieren. In Pittsburgh werden einerseits Konturen eines „grünen“ Amerika sichtbar, andererseits ist die Erschließung der Marcellus-Schiefergasfelder wichtig für die Wirtschaft in der Region, die aber nicht protestlos bleibt.

Trotz der parteipolitischen Differenzen in Washington DC erschien die Darstellung z.B. der Mitglieder des Allegheny County Rates glaubhaft,

dass auf lokaler Ebene die sachliche Zusammenarbeit zwischen Republikanern und Demokraten im Vordergrund steht. Es ist ja auch in Brandenburg eine reale Erfahrung, dass auf kommunaler und kreislicher Ebene die Lösungsorientierung bei Sachfragen wichtiger ist als die parteipolitischen Differenzen der Bundesebene. Die aktuelle Streitfrage: Kriegt Trump eine zweite Amtszeit bis 2024?

Jenseits der Schlagzeilen habe ich Menschen kennengelernt, deren alltägliche Lebenssituationen und Fragen von unseren nicht sehr unterschiedlich sind. Ein Dach über dem Kopf, Gesundheit, Familie, Schule, Bildung, Jobs, Grillen und Bier. Der Wunsch, auch morgen ein gutes Leben zu haben.

Durch die Reise ist vieles, was vorher Schlagzeile war, lebendig geworden und hat einen Blick auf Nordamerika gezeigt, bei dem mir manches auch sehr vertraut erschien.

Zeichnung:
Klaus Struttmann



Bundesregierung vertagt Renten-reform

Die Maßnahmen von SPD und Union reichen bei weitem nicht aus, um die gesetzliche Rente zukunfts-sicher zu machen. Bereits jetzt droht Millionen Be-schäftigten trotz Vollzeitarbeit im Alter Armut.

Eine realistische Rentenpolitik nimmt die Beschäf-tigungspolitik ins Boot: Niedriglöhne und prekäre Jobs bedeuten zwangsläufig Armutsrenten. Die Bun-desregierung hingegen verteilt hier und da Trostpflaster. Es ist nicht nachvollziehbar, warum nur künftige Erwerbsminderungsrentner von den geplanten Ver-besserungen bei der Erwerbsminderungsrente profitie-ren sollen. Was ist mit den Menschen, die heute Erwerbsminderungsrente beziehen? Es reicht nicht, nur die weitere Absenkung zu stoppen.

Das Rentenniveau von 53 Prozent muss sofort wie-der hergestellt werden. Das bedeutet: 122 Euro net-to mehr im Monat für einen „Standardrentner“. Niemand darf im Alter arm sein – egal ob nach ei-nem Leben in Erwerbsarbeit, durch Berufsunfähig-keit, Zeiten von Arbeitslosigkeit oder Kindererzie-hung. Niemand darf gezwungen sein, zum Überleben Pfandflaschen zu sammeln.

Wir wollen eine Solidarische Mindestrente von 1050 Euro netto im Monat – darunter droht Armut. Die Solidarische Mindestrente ist einkommens- und vermögensgeprüft, sie wird bei Bedarf gezahlt. Die Rentenversicherung muss ausgebaut werden: Für alle Erwerbseinkommen müssen Beiträge in die gesetz-liche Rentenversicherung gezahlt werden. Auch Po-litikerinnen und Politiker, Selbstständige, Freiberuf-lerinnen und Freiberufler, Beamte und Beamtinnen und Manager und Managerinnen sollen Beiträge einzahlen.

*Bernd Riexinger,
Vorsitzende der Partei DIE LINKE*

DIE LINKE Oder-Spree

Kreisgeschäftsstelle

Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24

E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de

geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 13–16 Uhr
Do. 10–12 Uhr, u. nach telefonischer Vereinbarung

Kasse: Do. 10–12 Uhr

Gebietsgeschäftsstelle Beeskow

Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow
Telefon: (0 33 66) 2 02 02

E-Mail: kontakt@linke-beeskow.de

geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt

Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt
Telefon: (0 33 64) 4 42 51

E-Mail: dielinke-ehst@t-online.de

geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de



13. Oktober, Berlin: Block der LINKEN bei der Demonstration #unteilbar,
Foto: DIE LINKE, Bianca Thies

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 13. 11., 18. 12., genaue Zeitpunkte und Orte bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

Sitzungen im November/Dezember 2018

■ Werksausschuss für den Eigenbetrieb KWU	9. 10., 17.30 Uhr, Fürstenwalde, Karl-Marx-Str. 11/12, KWU, Beratungsraum
■ Ausschuss f. Soziales u. Gesundheit	16. 10., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ Unterausschuss Jugendhilfeplanung	18. 10., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ Ausschuss für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft	18. 10., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport	6. 11., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr	7. 11., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ Jugendhilfeausschuss	8. 11., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ Ausschuss f. Haushalt u. Finanzen	12. 11., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ AG „Entwicklung des ländlichen Raumes im Landkreis Oder-Spree	13. 11., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ Kreisausschuss	14. 11., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ UAG1: Förderung reg. Wirtschaft, Landwirtschaft, Identifikation und reg. Identität	15. 11., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Tagesordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages www.landkreis-oder-spree.de entnehmen.

Kreistag Oder-Spree

6. 12., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24, E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de

Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de

Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2 500

Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de
Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE22170550503410533965, BIC: WELADEDILOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.



Muslim Men

Sie ist jung, sie ist deutsch, sie ist Muslima und Herausgeberin des interkulturellen Frauenmagazins „Gazelle“. Die Autorin setzt sich in ihrem gerade erschienenen neuesten Buch mit den „Muslim Men“ auseinander. Denn Emanzipation im Islam beginnt mit den Männern, sagt Sineb El Masrar.

Für die Recherche hat sich El Masrar auch in die Parallelwelt der arabischen Clans begeben – und dort einen enormen Redebedarf festgestellt. „Diese Jungs sind teilweise sehr unglücklich, sind aber auch ein bisschen festgefahren in ihrer Situation, sind außerdem Op-

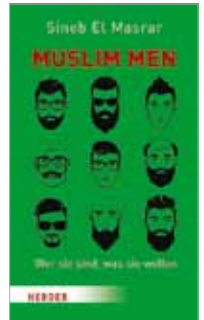
fer ihrer Eltern, und selbst die sind Opfer dieses Patriarchats, der archaischen Kultur, der Community. Und sie haben noch nicht den Dreh rausbekommen, da auszubrechen.“

Das Buch sei daher auch ein Versuch zu zeigen: „Ihr seid nicht alleine mit euren Unsicherheiten, und es ist auch nicht unmännlich, wenn man diese Unsicherheiten mal artikuliert und formuliert.“ Denn dann würden sie sehen, dass es vielen ähnlich geht, und dass sich jeder aus diesen Familienstrukturen rausziehen kann, sagt El Masrar. „Aber wenn man nicht gelernt hat, auf eigenen Beinen zu stehen –

und hier sind natürlich die Mütter gefragt – ist es sehr schwer.“

Frauen seien aber nicht nur Opfer, sondern auch Täter, so Sineb El Masrar, deren Eltern aus Marokko stammen. „Da wo das Patriarchat herrscht, werden Frauen unterdrückt. Und da wo Frauen unterdrückt werden, suchen die sich natürlich auch Machträume. Und da entstehen dann schnell diese Muttersöhne, weil der Sohn als Partnerersatz missbraucht wird.“

*Quelle: Rezension von Inforadio
[www.inforadio.de/programm/](http://www.inforadio.de/programm/schema/sendungen/vis_a_vis/201810/02/268237.html)
[schema/sendungen/](http://www.inforadio.de/programm/schema/sendungen/vis_a_vis/201810/02/268237.html)
[vis_a_vis/201810/02/268237.html](http://www.inforadio.de/programm/schema/sendungen/vis_a_vis/201810/02/268237.html)*



Sineb El Masrar,
Muslim Men,
Verlag Herder 2018,
256 Seiten, geb.,
20 Euro,
ISBN: 978-3-451-38156-0

Untenrum frei

SEX. MACHT. SPASS. UND PROBLEME.

In ihrem Debüt „Untenrum frei“ schreibt die Autorin und Spiegel-Online-Kolumnistin Margarete Stokowski über die kleinen schmutzigen Dinge und über die großen Machtfragen. Es geht darum, wie die Freiheit im Kleinen mit der Freiheit im Großen zusammenhängt, und am Ende wird deutlich: Es ist dieselbe.

Stokowski erzählt von dem frühen Wunsch, unbedingt als Mädchen wahrgenommen zu werden, von unzulänglichem Aufklärungsunterricht, von Haaren und Enthaarung, von Gewalterlebnissen, von Sex, von Liebe und vom Feminismus. Und sie verbindet ihre wunderbar erzählten persönlichen Erlebnisse mit philosophischen,

politischen und wissenschaftlichen Analysen und zeigt damit: Sie ist mit ihren Erfahrungen nicht alleine. Wir fühlen uns als freie, aufgeklärte Individuen, aber erst wenn wir Geschichte um Geschichte zusammentragen, wird die kollektive Schiefelage, die strukturelle Ungleichheit sichtbar. Dennoch:

„Wenn ich Geschichten aus meinem Leben erzähle, dann nicht, um langsam, aber sicher ein Bild von mir als Vollopfer aufzubauen“, schreibt Stokowski – im Gegenteil. Ihr geht es um eine „Ent-Opferung“. Humorvoll und klug geht sie damit der Frage nach, wie politisch das Private noch immer ist.

„Der Feminismus erklärt mir nicht, warum der Bus nicht auf mich wartet. Aber er erklärt mir, warum ich mich für mein Zuspätkommen entschuldigen werde, auch wenn ich nicht schuld war, sondern der Bus zu früh gefahren ist. Er erklärt mir, warum viele der Frauen, die ich kenne, sich auch noch entschuldigen würden, wenn sie von einem Meteoriten getroffen werden.“

Quelle: www.rowohlt.de/hardcover/margarete-stokowski-untenum-frei.html



Margarete Stokowski,
Untenrum frei,
Sex. Macht. Spass. und Probleme.
Rowohlt Taschenbuch 2018,
3. Auflage,
Taschenbuch,
256 Seiten
12 Euro,
ISBN: 978-3-499-63186-3

Zucker-Kasten



Die Bücher wählte
Crostopher Voß aus.

von
Thomas Nord,
Mitglied des Bundes-
tages

Kriegsende erzwungen – Neubeginn eröffnet

Vor 100 Jahren Novemberrevolution in Deutschland

Am Ende des Ersten Weltkriegs war die politische Stimmung in Deutschland kriegsmüde, ausgezehrt, hochgereizt und revolutionär. Die militärische Niederlage des II. Deutschen Reichs war für alle unübersehbar geworden, aber die Oberste Heeresleitung (OHL) unter Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff proklamierten immer noch gegenüber dem Kronrat und dem Volk Durchhalteparolen.

Der Matrosen- und Arbeiteraufstand

Am 24. Oktober erließ die Seekriegsleitung trotz der schon offensichtlichen Niederlage einen Flottenbefehl zu einer weiteren Schlacht gegen die britische Kriegsmarine. Dieser Befehl war der Tropfen, der das berühmte Fass zum Überlaufen brachte, er löste in Wilhelmshafen eine Meuterei in der Hochseeflotte seiner Majestät aus. Die Matrosen auf mehreren Schiffen weigerten sich, die Anker zu lichten.



Matrosen an Deck des Linienschiffs Prinzregent Luitpold mit einer Tafel: „Soldatenrat Kriegsschiff Prinzregent Luitpold. Es lebe die sozialistische Republik“, Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-J0908-0600-002/CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5434332>

Die organisierte Arbeiterschaft in Kiel hatte zu diesem Zeitpunkt einen Streik vorbereitet, um die Forderung nach einem Friedensschluss zu untersetzen, nun schien der richtige Moment dafür gekommen. Aus beiden Impulsen heraus entstand der Kieler Matrosen- und Arbeiteraufstand. Der breitete sich wie ein Lauffeuer aus und führte in die Novemberrevolution, mit der Kaiser und Monarchie in Deutschland gestürzt wurden.

Der Sturz der Monarchie

Am Abend des 6. November war Wilhelmshafen unter der Kontrolle eines Soldaten- und Arbeiterrates,

am nächsten Tag Braunschweig, Frankfurt am Main, Hannover, Stuttgart und München. In München wurde von Kurt Eisner die Republik ausgerufen und er wurde vom Arbeiter- und Soldatenrat zum bayrischen Ministerpräsidenten gewählt.

Am 9. November fiel die Kaiserherrschaft in Berlin, weil die Soldaten nicht bereit waren, einen Bürgerkrieg zu beginnen. Sie haben den Schießbefehl verweigert. Der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann rief die Republik aus, Karl Liebknecht die Sozialistische Republik. Ein Angebot der SPD unter Leitung von Friedrich Ebert, in die neue provisorische Regierung einzutreten, wurde von Karl Liebknecht abgelehnt.

Räterepublik oder repräsentative Demokratie?

Der Streit in den Kräften der Arbeiterbewegung ging nun um die Frage „In welcher Republik wollen wir leben?“ Eine Räterepublik nach russischem Vorbild von 1917 mit einer Verstaatlichung der Schlüsselindustrien? Oder eine repräsentative Demokratie unter Beibehaltung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse? Diese Frage wurde mehrheitlich zu Gunsten der Einberufung einer verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung entschieden. Auch der Reichsrätekongress stimmte diesem Beschluss am 19. Dezember zu.

Damit war klar, dass es in Deutschland keine Räterepublik geben würde. Dennoch kam es Anfang Januar in Berlin zu politischen Kämpfen zwischen Befürwortern und Gegnern der Räterepublik, die als Spartakusaufstand in die Geschichte eingingen. Ihre größte Eskalation fanden sie in den Morden an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg durch Freikorps. Ihr Aufenthaltsort in Berlin wurde durch telefonische Überwachung herausgefunden.

Blutige Kämpfe

Das Entsetzen darüber führte zu weiteren Unruhen in ganz



Karl Liebknecht während einer Rede im Berliner Tiergarten, Dezember 1918, Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-P046271/Weinrother, Carl

Deutschland. Sie wurden durch Freikorps und Reichswehrverbände blutig niederschlagen, verantwortlich für diese Einsätze war Gustav Noske, Mitglied der SPD und zuständiger Minister für das Militär. Er hat auch die telefonische Überwachung von Liebknecht und Luxemburg angeordnet. Insgesamt wurden etwa 5000 Menschen in diesen Kämpfen ermordet, darunter viele führende Befürworter einer Räterepublik.

Am 19. Januar wurden die Wahlen zur Nationalversammlung nach Verhältniswahlrecht durchgeführt, bei der Frauen das erste Mal reichsweit ein Wahlrecht hatten. Die SPD bekam fast 38 Prozent, das katholische Zentrum knapp 20 Prozent, die Liberalen 18,5 Prozent, die national-völkische DNVP 10,3 Prozent und die USPD 7,6 Prozent. Am 6. Februar trat die Nationalversammlung in Weimar zusammen, Berlin schien angesichts der gerade erst zurückliegenden Kämpfe als ein zu aufgeladener Ort.

Weimarer Verfassung und Versailler Frieden

Die Novemberrevolution fand ihren formalen Abschluss am 19. August 1919 mit der Verabschiedung der Weimarer Verfassung. Doch neben den politischen Kämpfen im Inneren liefen während der ganzen Zeit auch die Friedensverhandlungen mit den Siegermächten des I. Weltkriegs. Das „Gesetz über den Friedensschluss zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten“ wurde am 9. Juli 1919 in Versailles ratifiziert und hatte bereits ein neues Streitkapitel eröffnet.